

bundessparte
**industrie
aktuell**

wissenschaftliches institut

2011 1



Wolfgang Welser

Fehlendes Verständnis

Leistungsbericht

der Bundessparte Industrie

Industriekonjunktur aktuell

Im Überblick und nach Branchen

Bundessparte Industrie (BSI)

Die **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich** vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das **Industriewissenschaftliche Institut (IWI)** setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-273

Internet: <http://wko.at/industrie>, E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium	Obmann	KommR Ing. Wolfgang Welser	Welser Profile AG
	Stellvertreter	Präs. Dr. Veit Sorger	Mondi Packaging AG
	kooptiert	Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger Günter Dörflinger, MBA Dr. Paul Rübiger	Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H. Christof Holding AG Rübiger GmbH & Co KG
Geschäftsführer		Dr. Manfred Engelmann	



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: <http://www.iwi.ac.at>, E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand	Vorsitzender	Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler	
	Stellvertreter	Gen.Sekr. Mag. Markus Beyrer Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser	Vereinigung der Österreichischen Industrie Wirtschaftskammer Österreich
		GF Dr. Manfred Engelmann Dr. Wolfgang Damianisch Mag. Christian Domany Dr. Erhard Fürst Dr. Herwig W. Schneider DI Johannes Miller	Wirtschaftskammer Österreich Münze Österreich AG
Kuratorium	Vorsitzender	VPräs. Dr. Hellmut Longin	Vereinigung der Österreichischen Industrie
	Stellvertreter	Dir. Dr. Aurel Schubert Prof. Herbert Krejci	Oesterreichische Nationalbank Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Geschäftsführer		Dr. Herwig W. Schneider	
Wissenschaftlicher Leiter		Univ.Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík	

industrie aktuell

Herwig W. Schneider 2
Industriepolitik ≠ Industriepolitik

Wolfgang Welsler 3
Fehlendes Verständnis

Leistungsbericht 2010

**Christoph Kainz, Johann Markl,
Andreas Mörk** 4
Arbeitgeberpolitik

Hagen Pleile 7
Recht und Infrastruktur

**Andrea Bärenthaler, Richard Guhsl,
Christian Kaiser** 10
Umwelt- und Energiepolitik

Michael Renelt 15
Wirtschafts- und Forschungspolitik

Industriekonjunktur

Christoph Hartmann 19
Die internationale Konjunktorentwicklung

Manfred Engelmann 21
Industriekonjunktur:
Weiterhin gedämpfte Erholung

inhalt

Industriekonjunktur nach Branchen

Bergwerke und
Eisen erzeugende Industrie 24
Stein- und keramische Industrie 24
Glasindustrie 25
Chemische Industrie 25
Papierindustrie 26
Papierverarbeitende Industrie 26
Bauindustrie 27
Holzindustrie 27

Textil-, Bekleidungs-,
Schuh- und Lederindustrie
Berufsgruppe Textil 28
Berufsgruppe Bekleidung 28
Berufsgruppe Schuh/Lederwaren 29
Berufsgruppe Ledererzeugung 29

Nahrungs- und
Genussmittelindustrie 30
Gießereiindustrie 30
NE-Metallindustrie 31
Fahrzeugindustrie 31
Maschinen und
Metallwaren Industrie 32
Elektro- und Elektronikindustrie 32

Herausgeber	Industriewissenschaftliches Institut Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie
Medieninhaber	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4
Redaktion	Christoph Hartmann (Chefredakteur), Michael Renelt
Satz und Layout	CMS Vesely GmbH, A-2100 Korneuburg
Autoren	Andrea Bärenthaler, Manfred Engelmann, Richard Guhsl, Christoph Hartmann, Christoph Kainz, Christian Kaiser, Johann Markl, Andreas Mörk, Hagen Pleile, Michael Renelt, Herwig W. Schneider, Wolfgang Welsler Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.
Auskunft und Bestellung:	Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Telefon: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at
Herstellung	AV+ Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien
Erscheinung	Vierteljährlich
ISSN	1023-8387



Herwig W. Schneider

Industriepolitik ≠ Industriepolitik

Ein Maximum an industrieller Entscheidungskompetenz am Standort ist unbedingt notwendig ... die Wirtschaft benötigt ein breit gefächertes konjunkturzyklenresistentes Branchenspektrum ... Österreich braucht den Erhalt kompletter Wertschöpfungsketten ... die Industrie soll möglichst produktiv sein und besonders auf das Volumen direkter (in den Unternehmen selbst) und indirekter (im Vorleistungsverbund) Beschäftigung achten ... über FTI-Hebel müssen die Tore für zukünftige industrielle Produktion weit geöffnet werden ...

Weil Industriepolitik für ein **komplexes System an Zielbeziehungen** steht, gibt es kein politisches Patentrezept. In praxi existiert Industriepolitik tatsächlich in **zersplitterten Zusammenhängen als Querschnittsmaterie** - obzwar im vergangenen Jahrzehnt auch wichtige und richtige industriepolitische Maßnahmen, Beschlüsse und Initiativen umgesetzt werden konnten, die den Wirtschaftsstandort Österreich trotz globaler Finanz- und Konjunkturkrise zu wohlstandsicherndem Glanz verholfen haben.

In Anbetracht einer generell geringen Industriegesinnung in Österreich besteht bei mangelnden Deklarierungsmöglichkeiten unter einer positiv behafteten Dachmarke „Industriepolitik“ die **Gefahr** zweier einander negativ beeinflussender Wirkungszusammenhänge: Bei mäßigem Industrieverständnis in der Bevölkerung wie auch in den Medien sinkt die Wahrscheinlichkeit für weit reichende industriepolitische Maßnahmen; andererseits, ohne klar kommunizierte industriepolitische Linie, wird das Industrieverständnis im Lande keinen Aufschwung erfahren können.

Dabei ist es gerade die **Industrie Österreichs**, die uns allen hilft, stürmische Konjunkturtäler zu durchschreiten. Sie ist ein deutliches Signal für die langfristige und qualitativ anspruchsvolle Zusammenführung von Tradition und Innovation, von Leistung und sozialer Verantwortung, von individuellen Lösungsstrategien und netzwerkökonomischem Denken. Sie ist keineswegs anonym und bringt Unternehmer hervor, die sich flexibel auch an schwierigste Marktgegebenheiten anpassen können sowie - bei geeigneten Rahmenbedingungen und im Sinne der modernen Industriegesellschaft - auch in Zukunft ihren **Beitrag zum nationalen Erfolg** durch Wohlstand leisten können.

Der **Leistungsbericht 2010 der Bundessparte Industrie**, Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe von „industrie aktuell“, illustriert die Herausforderungen konsequent im Interesse der Industrie tätig zu sein, gerade angesichts der erwähnten „zersplitterten Zusammenhänge“ und der „geringen Industriegesinnung“ in Österreich.

Die Conclusio: Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger des Landes benötigen den permanenten Mut, die heimische Industrie zu sehen und in einem umfassenden Verständnis zu forcieren. Dies hat unabhängig vom Vorhandensein einer Wirtschaftskrise Relevanz. Die Signale der Industrieunternehmen sind allzeit vorhanden, ein gemeinsames, in sich geschlossenes, langfristig orientiertes **industriepolitisches Programm** erarbeiten zu wollen - natürlich unter Einbindung der besten industrewissenschaftlichen Köpfe wie jenen des IWI.

Dr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des Industrewissenschaftlichen Instituts und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.



Wolfgang Welser

Fehlendes Verständnis

Der österreichischen Industrie ist es im Jahr 2010 mit großem Einsatz gelungen, den Tiefpunkt des vorangegangenen Jahres zu überwinden und zur bestimmenden Stütze der konjunkturellen Erholung in Österreich zu werden. Die in harten Verhandlungen der Politik abgerungenen Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Krise auf die Unternehmen – gesetzliche Flexibilisierung der Kurzarbeit, Hafungen für Unternehmensfinanzierungen, verstärkte Absicherung von Exporten, ausreichende Dotierung der Forschungsförderung – haben vielfach dazu beigetragen, dass die Chancen in der Erholungsphase bestmöglich genutzt werden konnten.

Der Blick auf die jüngste Vergangenheit demonstriert eindrucksvoll, mit welcher Professionalität die österreichische Industrie auch eine in der heimischen Wirtschaftsgeschichte seit 1945 beispiellosen Krise meistern kann. Die Industrie hat sich, dank härtester Arbeit in den Unternehmen, gerade in den letzten Monaten als jene **Konjunkturlokomotive** erwiesen, die Österreich wieder auf einen Wachstumspfad zurückgeführt hat. Damit hat sich auch bestätigt, dass die Wünsche der Industrie an Politik und Sozialpartner bezüglich der Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit in Österreich nicht abgehobenen Gruppeninteressen dienen, sondern dem Land einen messbaren **Wachstums- und Wohlstandvorsprung** bringen.

Auch dort, wo sich die Industrie mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, zeigt sich sehr rasch die Richtigkeit der vorgebrachten Anliegen: Ich darf beispielsweise daran erinnern, dass die Industrie in der Hochzeit der Krise eindringlich an die Politik appelliert hat, die gesetzlichen Bestimmungen der **Kurzarbeit** an deutsche Regelungen anzugleichen, und an die Gewerkschaften praktikablen und vernünftigen Lösungen bei der Kurzarbeit nicht im Wege zu stehen. Letztlich blieb das österreichische Kurzarbeitsmodell in (zu) vielen Fällen zu kostspielig und hat zu größeren Anpassungen in der Beschäftigung geführt als notwendig gewesen wäre. Zum **Schaden** einer willkürlich **erhöhten Arbeitslosigkeit** ist 2010 dann der nächste Schaden hinzugekommen – bei verbesserter Auftragslage haben in Unternehmen rasch verfügbare, **qualifizierte Mitarbeiter gefehlt**.

Das zugrunde liegende Problem sehe ich darin, dass bedauerlicher Weise **das Verständnis für die Exponiertheit der Industrie gegenüber dem internationalen Wettbewerb fehlt**. Die Industrie muss laufend um Aufträge kämpfen, buchstäblich in allen Ländern der Welt und gegen Konkurrenten aus Industrie- wie Schwellenländer. Nur wenn die Industrie dabei erfolgreich ist, kann sie für entsprechende Wertschöpfung, Gehaltszahlungen, Beschäftigung und Steuerleistung in Österreich sorgen. Wer diesen simplen Zusammenhang beharrlich ignoriert, läuft Gefahr, die **Basis des Wohlstands zu zerstören**.

Ein geradezu mutwilliger Akt einer solchen Zerstörung ist die völlig unverständliche Haltung der Gewerkschaften zur **flexibleren Arbeitszeitgestaltung** in der Industrie. Das 2009 von der Gewerkschaft abgelegte Bekenntnis, dass „zusätzliche Flexibilität“ notwendig sei, und die Zusage, dass darüber „zielgerichtete Gespräche“ geführt werden sollen, haben sich leider im abgelaufenen Jahr als wertlos erwiesen. Die ablehnende Haltung ist umso unbegreiflicher, als mit einer flexibleren Arbeitszeit die Chancen österreichischer Unternehmen im internationalen Wettbewerb massiv verbessert werden würden; davon profitiert die gesamte heimische Volkswirtschaft, für die eine noch erfolgreichere Industrie **ein umso stärkerer Motor** wäre. Da eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit gleichbedeutend ist mit einer Absicherung von Beschäftigung, von Einkommen und von Qualifikation der Mitarbeiter in der Industrie, fehlt es der gewerkschaftlichen Position nicht nur an einer entsprechenden verantwortungsbewussten Haltung gegenüber den volkswirtschaftlichen Interessen, sondern sie verabsäumt auch die diesbezügliche Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder.

Ich hätte gehofft, im Rückblick auf das Jahr 2010 das Thema der Flexibilisierung der Arbeitszeit unter „erledigt“ abhandeln zu können. Wenn echtes **Verständnis für die globalen Herausforderungen der Industrie** fehlt, wird jeder Schritt zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Tätigkeit unendlich mühsam. Auch gegen den derzeitigen Augenschein bin ich aber letztlich doch zuversichtlich, dass sich die Einsicht durchsetzt – bevor die industrielle Basis unseres Landes erodiert ist.

KR Ing. Wolfgang Welser ist Vorstand der Welser Profile AG und Obmann der Bundessparte Industrie.



Christoph Kainz
Johann Markl
Andreas Mörk

Arbeitgeberpolitik

2010 war geprägt durch die vorsichtige Erholung der Wirtschaftslage sowie der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung. Neben einer umfangreichen Beratungs- und Auskunftstätigkeit unterstützte die Arbeitgeberabteilung der Bundessparte Industrie die Fachverbände maßgeblich beim Abschluss der Kollektivverträge.

Nach den teilweise katastrophalen Umsatz- und Ertragseinbrüchen des vorangegangenen Jahres erholte sich die Industrie ab dem Frühjahr 2010 langsam, aber doch kontinuierlich. Die **Kollektivvertragsverhandlungen** standen daher unter dem Vorzeichen dieser vorsichtigen Konjunktorentwicklung. Einige Branchen (FEEI, Chemie, Papier) hatten bereits im Vorjahr durch einen Zweijahresabschluss die Erhöhungen auch für 2010 festgelegt. Bei den Verhandlungen in der Bauwirtschaft wurde für Arbeiter erstmals ein Abschluss über drei Jahre erzielt. Grund dafür war eine parallel dazu vereinbarte Änderung im Bauarbeiterurlaubs- und -abfertigungsgesetz, wobei der Kollektivvertragsabschluss die rahmenrechtlichen Änderungen im BUAG mitkompensieren sollte.

Auch in der Stein/Keramikindustrie wurde erstmals ein Kollektivvertrag über drei Jahre Laufzeit abgeschlossen. Gleichzeitig wurde eine umfassende Regelung über Arbeitszeitflexibilisierung in Kraft gesetzt (Bandbreite 32 bis 45 Stunden, Zeitguthaben bis 135 Stunden, 15 % Zeitzuschlag ab 38,5 Stunden/Woche, 10 h NAZ/Tag, 56 h/Woche bei Schichtarbeit).

Die Verhandlungen der Metallindustrie im Herbst 2009 standen zunächst ganz im Zeichen der bereits im Jahr davor begonnenen **Arbeitszeitdiskussion**. Die

Da die Gewerkschaftsverhandler im Laufe der Gespräche über die Arbeitszeitflexibilisierung immer mehr das Thema Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt rückten, wurden diese Gespräche Ende März 2010 von der Arbeitgeberseite für beendet erklärt.

Arbeitgeberseite hatte damals die Forderung nach einer Erweiterung der Flexibilisierung eingebracht und dieses Modell bei den Verhandlungen in der Arbeitsgruppe, welche nach der KV-Runde 2009 eingerichtet wurde, mehrfach im Sinne der Arbeitnehmer verbessert. Die Vorschläge der

Gewerkschaften liefen jedoch de facto auf eine Einschränkung der derzeit bestehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten hinaus. Da die Gewerkschaftsverhandler im Laufe der Gespräche auch via Medien immer mehr das Thema Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt rückten, wurden diese Ende März 2010 von der Arbeitgeberseite für beendet erklärt.

Über den Sommer wurde das Thema Arbeitszeitverkürzung sowohl betrieblich als auch über die Medien von den Gewerkschaften sehr stark verbreitet und zu einem „Duell“ Flexibilisierung gegen Verkürzung hochstilisiert. Aufgrund der Erfahrungen in der Arbeitsgruppe, insbesondere, dass die Gewerkschaften zu keiner Verbesserung der derzeitigen Situation bereit waren, erklärten die Verhandlungsleiter der Arbeitgeberseite, DI Christoph Hinteregger und DI Alfred Hintringer, bei Verhandlungsbeginn Anfang Oktober, dass die Arbeitgeberseite ihre Forderungen im Bereich der Flexibilisierung bei den heurigen Verhandlungen zurückziehe.

Die weiteren Gespräche konzentrierten sich daher auf den eigentlichen Lohn- und Gehaltsabschluss. Seitens der Arbeitgeberabteilung wurden im Vorfeld Unterlagen zur Entwicklung der Arbeitskosten im internationalen Vergleich aufbereitet. Aufgrund der Verschlechterung der österreichischen Position in den vergangenen Jahren lag das Hauptaugenmerk auf einem moderaten Lohnabschluss, wobei der Betriebserfolg wieder durch eine EBIT-abhängige Einmalzahlung seine Berücksichtigung finden sollte.

In den Morgenstunden des 6. November 2010 konnte folgender Abschluss fixiert werden: Erhöhung der Ist-Löhne-Gehälter um 2,3 %, mindestens jedoch 45 Euro, der KV-Löhne- und gehälter um 2,5 %. Einmalzahlung 150 Euro (Reduzierung auf 100 Euro bei EBIT zwischen 4 und 8 %, auf 50 Euro bei EBIT zwischen 0 und 4 %, Entfall bei negativem EBIT).

Im Rahmenrecht wurde eine Prämie für die Ablegung der Lehrabschlussprüfung in der Höhe von 150 Euro vereinbart. Darüber hinaus konnte mit der GPA-DJP nach langen, zähen Verhandlungen die Sanierung des Inlandsdienstreise-KVs hinsichtlich der Definition der Dienstreise vereinbart werden: Arbeitnehmer, die

den Dienort nicht nur vorübergehend verlassen, fallen nunmehr ebenfalls unter den Geltungsbereich des Kollektivvertrags, wobei die Höhe der Aufwandsentschädigung wie bisher durch eine Pauschale oder sonstige Einzelvereinbarung oder neu durch eine Betriebsvereinbarung festgelegt werden kann. Damit soll die steuerliche Begünstigung im bisherigen Umgang sichergestellt werden.

Novelle Arbeitsverfassungsgesetz

Ende Dezember wurde die über eineinhalb Jahre verhandelte Novelle zum ArbVG im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Die wesentlichsten Änderungen im Überblick:

- ▣ Verlängerung der Anfechtungsfrist von Kündigungen durch die Arbeitnehmer auf zwei Wochen (bisher eine Woche)
- ▣ Stellungnahmefrist des Betriebsrates zu Kündigungen verlängert auf eine Woche (bisher fünf Tage)
- ▣ Aktives Wahlrecht zum Jugendvertrauensrat für Lehrlinge auf 21 Jahre angehoben
- ▣ Umsetzung der EU-Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat
- ▣ Einschränkung der zwingenden Mitbestimmung durch den Betriebsrat auf Betriebsvereinbarungen über Akkord und akkordähnliche Prämiensysteme
- ▣ Sonstige leistungsbezogene Prämiensysteme nur mehr als freiwillige Betriebsvereinbarung abschließbar

Über eine Erleichterung der Vereinbarung eines Betriebsurlaubes durch Betriebsvereinbarung konnte mit der Arbeitnehmerseite keine Einigung gefunden werden.

Novelle Gleichbehandlungsgesetz

Im Jahre 2010 hat die Bundesregierung die Wirtschaft wissen lassen, dass sie in drei Kapiteln des Wirtschaftslebens besonders rigide Eingriffsnormen wünsche. Es handelt sich um die Bereich der Stellung der Frau im Wirtschaftsleben, die Begleitumstände im Arbeitsrecht bei der Öffnung des Ost-Arbeitsmarktes mit 1. Mai 2011 und um den Umgang mit Beschäftigten mit besonderen Bedürfnissen im Rahmen des Behindertenrechtes. Bestmögliche Endprodukte für die Wirtschaft in diesen Rechtsbereichen konnten im Rahmen von Abfederungen für die betriebliche Praxis erreicht werden, die Einführung einer Fülle von neuen Rechtsinstituten selbst war jedoch definiertes und unumstößliches Ziel der österreichischen Politik. Besonders öffentlichkeitswirksam gestalteten sich die Verhandlungen zur Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes, da die Bun-

desregierung ganz klar die Verankerung von zwei großen Punkten verfolgte: Einerseits ging es um die gesetzliche Gestaltung eines **betrieblichen Einkommensberichtes** für Betriebe mit bestimmten Beschäftigtenklassen, um firmenintern einen möglichen „Gender-Pay-Gap“ zur Diskussion zu bringen. Der Einkommensbericht - für Betriebe mit 1.000 Beschäftigten ab 1. März 2011 und für Betriebe mit 150 Beschäftigten ab 1. Jänner 2014 - erreicht sowohl Betriebsratskörperschaften als auch ArbeitnehmerInnen selbst, sobald eine Gruppe von Beschäftigten unvertreten ist. Um gerechtfertigte betriebliche und wirtschaftliche Interessen zu schützen, musste es gelingen, dass fahrlässiger Umgang mit diesen Lohn- und Gehaltsdaten sanktioniert wird. Für Betriebsratskörperschaften gelten auch im Bereich des Gleichbehandlungsgesetzes die Verantwortungen nach der Arbeitsverfassung. Verletzen einzelne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Pflichten gegenüber der Firma, und machen unerlaubt Zahlen aus dem Einkommensbericht publik, droht eine Strafe seitens der Bezirksverwaltungsbehörde von 360 Euro.

Eine völlige Neuerung bei der Anwerbung von Beschäftigten werden die **„Inserate mit Angaben von Mindestentgelten“** sein. Nur vordergründig erscheint diese Aufgabe leicht zu sein, die alle Firmen und Einheiten in Arbeitgeberfunktion - im Gegensatz zum erwähnten Einkommensbericht - ganz generell trifft. Inserate mit Entgeltangaben - seien sie auch von minimalistischer Struktur - haben immer mehrere Signale. Einerseits sollen sie das Interesse von zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wecken, andererseits sind Bekanntmachungen dieser Art auch ein Indiz innerhalb der Branche und auf dem Markt selbst.

Rot-Weiß-Rot-Card und Lohn- und Sozialdumping

Zahlreiche Studien belegen, dass die Öffnung des Ostarbeitsmarktes mit 1. Mai 2011 nicht zu großen Arbeitskräfte-Strömungen führen wird, dies nicht zuletzt wegen der enormen Sprachbarriere. Die österreichische Bundesregierung verlangt eine hundertprozentige Absicherung des heimischen Lohnniveaus im Bundesgebiet und entsprechende Sanktionen für Verletzungen der Kollektivverträge. Neben den allgemeinen Regelungen über das ASVG bekommt die Wiener Gebietskrankenkasse ein eigenes Kompetenzzentrum für Firmen, die mit Beschäftigten hereinarbeiten, um Lohndumping zu unterbinden. Andererseits werden die Bezirkshauptmannschaften auch tituliert,

In den Bereichen Gleichbehandlungsgesetz, Öffnung des Ost-Arbeitsmarktes und Behindertenrecht konnten Abfederungen für die betriebliche Praxis erreicht werden.

Kollektivvertragsverstöße im Rahmen von Verwaltungsstrafatbeständen generell zu ahnden. Die gewählten Regelungen entsprechen dem sogenannten Prinzip der Inländergleichbehandlung, das zu den Fundamenten innerhalb der EU zählt.

Novelle Bundesbehinderteneinstellungsgesetz

Staatliche Stellen haben auch 2010 der Wirtschaft und besonders der Industrie immer wieder vorgehalten, sich zu wenig um Menschen mit Behinderung anzunehmen. Bei diesem sehr emotionalen Thema standen zwei Gesichtspunkte einander völlig konträr gegenüber. Die Wirtschaft verlangte eine Änderung des Kündigungsschutzes bis hin zu dessen Abschaffung, die Bundesregierung verwies auf das Defizit des Fonds der Behindertenausgleichstaxen über viele Millionen Euro. Letzten Endes und wegen der Budgetwirksamkeit der Behindertenausgleichstaxe sahen alle Verantwortlichen nur einen Ausweg, der auf allgemeinem Druck basiert: Für Dienstverhältnisse, die ab dem 1. Jänner 2011 begonnen werden, gelten für vier Jahre die Bestimmungen über den besonderen Kündigungsschutz nicht, Arbeitsunfälle ausgenommen. Zum ersten Mal seit der Existenz von Behindertenrecht, dessen Basis zu Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts gelegt wurde, müssen Behindertenarbeitsplätze mit unterschiedlichen Ausgleichstaxen in drei Klassen belegt werden. Arbeitgeber mit bis zu 100 Beschäftigten zahlen einen Betrag (2010: 226 Euro), der für einige Jahre unverändert bleibt, Arbeitgeber in der Klasse zwischen 100 und 400 zahlen rund 100 Euro mehr ab 2011 (316 Euro) und Firmen 400 plus schulden ab 2011 eine nochmals erhöhte Betrag (336 Euro).

Bildung

Die Bildungspolitik im abgelaufenen Jahr war geprägt von den Diskussionen um eine umfassende Schulreform und dem sogenannten Hochschuldialog, der nach den Studentenprotesten Ende 2009 gestartet wurde. Die WKÖ hat sich in dieser politischen Auseinandersetzung mit der Neuformulierung des Bildungskonzeptes „Starke Bildung - Starker Standort“ positioniert. Der Beitrag der Industrie zu einer Strategie für den tertiären Bildungsbereich betont vor allem die Weiterentwicklung der technisch-naturwissenschaftlichen Bildungswege. Die Stärkung der technischen Fachrichtungen und den Ausbau der berufsbeglei-

Der Beitrag der Industrie zu einer Strategie für den tertiären Bildungsbereich betont vor allem die Weiterentwicklung der technisch-naturwissenschaftlichen Bildungswege.

tenden Angebote steht auch im Zentrum der Stellungnahmen zum „Fachhochschulplan 2010 - 2013“.

Die Schuldebatte erreichte gegen Ende des Jahres einen neuen Höhepunkt mit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse 2009 und der Ankündigung eines Bildungsvolksbegehrens.

Das Engagement der Industrie konzentrierte sich zudem auf einer adäquaten Einstufung der dualen Berufsausbildung und des BMHS-Systems im EQR/NQR.

Mitte 2010 wurde vom BMWFJ ein **Lehrberufspaket** mit dem Modullehrberuf Elektrotechnik, dem Modullehrberuf Bekleidung und einem neuen Gießereitechnik-Lehrberuf verordnet.

Die Arbeit des Bundesberufsausbildungsbeirates konzentrierte sich auf die Neugestaltung der Metalltechnik- und Elektronik-Lehrberufe. Innerhalb der WK-Organisation werden Konzepte zur Überarbeitung der Lehrberufe Mechatronik, Papiertechnik, Produktionstechnik und Luftfahrzeugtechnik diskutiert.

Die Zahl der **Industrielehrlinge** ist mit 16.352 (Stand: 31. Dezember 2010) um rund 300 (- 1,8 %) gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Es gibt jedoch erfreulicherweise wieder mehr Lehranfänger; deren Zahl ist um 7,3 % gegenüber 2009 gestiegen. Dennoch wird für die meisten Unternehmen die Rekrutierung von Lehrlingen zunehmend schwieriger. Eine Umfrage bei den Lehrbetrieben lässt vermuten, dass etwa 10 % der offenen Lehrstellen nicht besetzt werden könnten. Gründe dafür sind u.a. mangelnde Vorqualifikationen bzw. zu geringes Interesse für technisch-handwerkliche Berufe, aber auch die demographische Entwicklung und der ungebremste Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen im Auftrag des AMS (ÜBA).

„Sichere Instandhaltung“ lautet die für zwei Jahre angesetzte europäische Kampagne für **Arbeitssicherheit**. In der industriellen Fertigung ist dieses Thema von besonderer Bedeutung. Auf europäischer Ebene wird derzeit versucht, diverse Arbeitnehmerschutz-Richtlinien an die Inhalte und Verfahren von REACH/CLP anzupassen. Die gegen Ende 2009 veröffentlichte EU-Richtgrenzwerte-RL (2009/161/EG) bildet die Grundlage für geplante Änderungen einiger MAK-Werte.

Dr. Christoph Kainz, Ing. Johann Markl und Mag. Andreas Mörk sind Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Hagen Pleile

Recht und Infrastruktur

2010 hat das Referat für Recht und Infrastruktur inhaltlich vor allem Rechtsbereiche wie Budgetbegleitgesetz, Kronzeugenregelung, EU-Patent, Bundesvergabe-Schwellenwerte-VO und die im Berichtsjahr themenmäßigen Schwerpunkte der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik betreut, begutachtet und über Pressemedien und Direktkontakten mit den jeweiligen Ressorts lobbyiert.

Budgetbegleitgesetz 2011 - Bereich Justiz

Das Budgetbegleitgesetz 2011 enthält im Bereich der Justiz eine Reihe von Verschlechterungen, die ab 2011 zu markant höheren Gerichtsgebühren, saftig erhöhten Strafen und vermindertem Zugang zum Recht verbunden sein werden. Viele Punkte wurden bereits in den Medien diskutiert.

Die finanziellen Auswirkungen mit erwarteten ausgabenseitigen Konsolidierungseffekten von rund 7,2 Millionen Euro und einnahmenseitige von rund 28,8 Millionen Euro (Verhältnis etwa 20 zu 80) zeigen eindrucksvoll, wie weit das allgemeine Ziel eines Verhältnisses von 60 zu 40 verfehlt wurde. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, dass die österreichische Justiz seit Jahren über 75 % ihrer Einnahmen aus den Gerichtsgebühren lukriert. Eine nachhaltige **Änderung dieses Ungleichgewichts** und eine verstärkte Finanzierung aus dem allgemeinen Budget sind **einzufordern**. Die von der Bundesministerin für Justiz vertretene Ansicht, dass derjenige zahlen soll, der Gerichtstätigkeit in Anspruch nimmt, verschweigt, dass eine Reihe von Gebühren weit höher ausfallen, als die Kosten der Gerichtstätigkeit, wie beispielsweise eine erhöhte Gebühr für die Eintragung von Eigentumsrechten im Grundbuch (1,1 %) oder die ebenfalls erhöhten Gebühren für Grundbuch- und Firmenbuchabfragen. Mit diesen Gebühren werden nicht unwesentlich die Gerichtsbarkeit in Strafsachen sowie der Strafvollzug quersubventioniert.

Kronzeugenregelung

Trotz wiederholter Einwendungen der Bundessparte Industrie hat das Parlament die sogenannte „**große Kronzeugenregelung**“ beschlossen (§§ 209a f. StGB). Nach Ansicht des Justizministeriums sollen damit den Be-

hörden neue Werkzeuge zur Verfolgung von Straftaten, deren Aufdeckung oder Nachweis sonst unwahrscheinlich wäre, zur Verfügung gestellt werden (insbesondere zur Bekämpfung von schwerer Wirtschaftskriminalität und Korruption).

Trotz wiederholter Einwendungen der Bundessparte Industrie hat das Parlament die sogenannte „große Kronzeugenregelung“ beschlossen. Die neue Regelung trat mit 1. Jänner 2011 in Kraft und ist (vorerst) bis 31. Dezember 2016 beschränkt.

Die „große Kronzeugenregelung“ wird von der Bundessparte Industrie abgelehnt, da sie einerseits einen außerordentlich weiten Anwendungsbereich hat (inklusive aller politischen Verbrechen, die in die Zuständigkeit des Geschworenengerichts fallen), und andererseits dem Vernaderertum Tür und Tor öffnet. Das Schädigungspotential ist aus Unternehmersicht besonders hoch. Die Gefahr, dass eine derartige Regelung zahlreiche wechselseitige Beschuldigungen, Unsicherheiten im Geschäftsverkehr sowie geschäftsschädigende und missbräuchliche Anschuldigungen - insbesondere von unterlegenen Mitbewerbern - nach sich ziehen wird, ist eminent. Klar ist, dass schon alleine die Einleitung eines Strafverfahrens dazu geeignet ist, den guten Ruf eines Unternehmens nachhaltig zu zerstören. In aller Regel besteht darüber hinaus in solchen Fällen - trotz der unermüdlich wiederholten Unschuldsvermutung - faktisch keine Möglichkeit mehr, mit Gewinnaussichten an Ausschreibungsverfahren teilzunehmen.

Zudem werden wesentliche Ressourcen des Unternehmens zur Abwehr allfälliger, grundloser Beschuldigungen gebunden. In aller Regel werden Schäden, die aus derartigen Verhaltensweisen resultieren, den betroffenen, nachweislich nicht in Malversationen verstrickten Unternehmen auch nicht im Ansatz ersetzt. Der gute Ruf ist jedenfalls ruiniert, da landläufige Meinung trotzdem ist „Es wird schon ‘was dran sein ...“. Um diesen auf dem Markt wieder herzustellen, bedarf es besonders umfangreicher und kostenintensiver Marketingmaßnahmen.

Die Regelung trat mit 1. Jänner 2011 in Kraft und ist (vorerst) bis 31. Dezember 2016 beschränkt.

EU-Patent

Mitte Dezember hat die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt, der den Weg für eine „**Verstärkte Zusammenarbeit**“ zur

Die EU-Kommission wird 2011 Details für die Einführung einer „Verstärkten Zusammenarbeit“ beim einheitlichen Patentschutz und für die diesbezüglichen Übersetzungsanforderungen unterbreiten.

Schaffung eines **einheitlichen Patentschutzes** in der EU ebnet.

Der Vorschlag geht auf einen Antrag von zwölf Mitgliedstaaten zurück (Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Litauen, Luxem-

burg, Niederlande, Polen, Slowenien, Schweden und Vereinigtes Königreich). Kommt das Verfahren einer „Verstärkten Zusammenarbeit“ zustande, wäre das erst zum zweiten Mal in der Geschichte der EU (nach der Scheidungsregelung für EU-Bürger). Damit würde es in Zukunft Mitgliedstaaten, die sich an der „Verstärkten Zusammenarbeit“ beteiligen, erlaubt sein, in der Frage des Patentschutzes enger zusammen zu arbeiten

Im Zuge der Verhandlungen durchgeführte Studien haben ergeben, dass ein in nur dreizehn Mitgliedstaaten validiertes europäisches Patent bis zu 18.000 Euro kosten kann, wovon rund 10.000 Euro auf Übersetzungskosten entfallen. Dadurch sind die Kosten eines europäischen Patents etwa zehnmal so hoch wie beispielsweise in den USA, wo ein Patent im Durchschnitt 1.850 Euro kostet.

und sich dabei der Institutionen und Verfahren der EU zu bedienen. Der vorgeschlagene Beschluss zur Genehmigung einer „Verstärkten Zusammenarbeit“ beim einheitlichen Patentschutz muss vom EU-Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden und bedarf der Zustimmung des EU-Parlaments.

Die Kommission wird 2011 Details für die Einführung einer „Verstärkten Zusammenarbeit“ beim

einheitlichen Patentschutz und für die diesbezüglichen Übersetzungsanforderungen unterbreiten. Es ist damit zu rechnen, dass der Kommissionsvorschlag auf der bestehenden Sprachregelung des Europäischen Patentamtes (EPA) in München beruhen wird. Das einheitliche Patent würde demnach in einer der drei bestehenden Amtssprachen des EPA - Deutsch, Englisch oder Französisch - geprüft und erteilt werden. EU-Patentanmelder, deren Landessprache nicht Deutsch, Englisch oder Französisch ist, würden die Möglichkeit erhalten, ihre Anmeldungen in einer anderen Amtssprache der

EU einzureichen. Die Kosten für die Übersetzung in eine der drei EPA-Verfahrenssprachen (je nach Wahl des Anmelders bei der Patentanmeldung) könnten erstattungsfähig sein. Damit wären mit einem zentralen Verfahren Erfindungen in allen an der „Verstärkten Zusammenarbeit“ beteiligten EU-Mitgliedstaaten geschützt, ohne dass Anmelder weitere Anträge auf Validierung in einzelnen Mitgliedstaaten, die mit zusätzlichen Übersetzungs- und Verwaltungskosten verbunden wären, stellen müssten.

Im Zuge der Verhandlungen durchgeführte Studien haben nämlich ergeben, dass ein in nur dreizehn Mitgliedstaaten validiertes europäisches Patent bis zu 18.000 Euro kosten kann, wovon rund 10.000 Euro auf Übersetzungskosten entfallen. Dadurch sind die Kosten eines europäischen Patents etwa zehnmal so hoch wie beispielsweise in den USA, wo ein Patent im Durchschnitt 1.850 Euro kostet. Die zusätzlichen Übersetzungs- und Verwaltungskosten sind der Grund dafür, dass viele Patentinhaber ihren Patentschutz auf nur einige wenige, vor allem größere EU-Mitgliedstaaten beschränken (durchschnittlich fünf von 27), was - im globalen Wettbewerb - zu Produktpiraterie und damit zur Schädigung von Unternehmen und Arbeitsplätzen führen kann.

Gleichzeitig mit der Präsentation des Kommissionsvorschlags hat der österreichische Ministerrat den Vorschlag der zuständigen Bundesministerin Doris Bures zur Teilnahme Österreichs an der „Verstärkten Zusammenarbeit“ beim EU-Patent beschlossen. Österreich wird ein Schreiben an die EU-Kommission richten, in dem sowohl die Zustimmung zur „Verstärkten Zusammenarbeit“, als auch spezifische Anliegen Österreichs angesprochen werden. Unter der Voraussetzung der Klärung noch offener Fragen zu Kosten und rechtlichen Rahmenbedingungen bis zur Abstimmung über den Ermächtigungsbeschluss zur „Verstärkten Zusammenarbeit“, die für kommenden März im nächsten Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ erwartet wird, wird Österreich seine definitive Teilnahme erklären.

Einige weitere Mitgliedstaaten haben ebenfalls ihre Teilnahme an der „Verstärkten Zusammenarbeit“ beziehungsweise die Übermittlung diesbezüglicher Anträge angekündigt. Italien und Spanien hingegen bleiben bei ihrer ablehnenden Haltung. Die ungarische Ratspräsidentschaft hat angekündigt, sich rasch um eine Einigung über die „Verstärkte Zusammenarbeit“ zu bemühen.

Öffentliche Auftragsvergabe: Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung

Da die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Anlass zur Erlassung der Schwellenwerteverordnung war, noch nicht vorbei ist, hat der Bundeskanzler die Schwellenwerteverordnung bis 31. Dezember 2011, d.h. auf ein weiteres Jahr befristet, verlängert. Die Möglichkeiten der Direktvergabe für Bau-, Liefer- und Dienstleistungen bleiben somit auch 2011 bis zu einem Schwellenwert von 100.000 Euro. Auch die Möglichkeit für den Baubereich, nicht offene Verfahren ohne Bekanntmachung bis zu einem Projektwert von 1.000.000 Euro durchzuführen, bleibt unverändert bestehen.

ARGE Palettenpool

Die Mitgliederbetreuung erfolgte, wie in den Jahren davor, individuell. Aber auch Anfragen von Nichtmitgliedern, wie etwa Spediteuren und Frächtern, wurden im Jahr 2010 direkt von der Geschäftsstelle beantwortet.

Die Palettencharta wurde Anfang 2011 betreffend der Produzenten- und Reparatoreliste aktualisiert. Diese Liste ist weiterhin eine wichtige Grundlage für Käufer von EUR-Tauschpaletten. Durch diese Liste soll der „Schwarzmarkt“ eingedämmt werden, da die in der Liste geführten Hersteller garantiert normgerechte EUR-Tauschpaletten erzeugen.

Ende 2010 wurde gemeinsam mit der GS1-Austria eine Studie zum Thema „Wieviel kostet ein Tauschpalettenumlauf? Wer zahlt was?“ unter dem Namen „Palettenstudie 2011“ in Auftrag gegeben. Das Fraunhofer Institut in Dortmund hat eine ähnliche Studie bereits in Deutschland und der Schweiz durchgeführt, dadurch wird auch ein gegenseitiger Benchmark möglich. Die Ergebnisse der Studie werden im Februar 2011 präsentiert.

Vereinigung der österreichischen Verlager und Werkverkehrtreibenden / Austrian Shipper´s Council (VÖVW-ASC)

Die Mitgliederbetreuung erfolgte in zwei Vollversammlungen, mit jeweils Fachberichten, welche von den Mitgliedern eingefordert wurden und direkter Betreuung individueller Fragestellungen.

Intensiviert wurden die Beziehungen zu den Häfen Antwerpen und Niedersachsens.

In der **Öffentlichkeitsarbeit** hat die Bundessparte Industrie die Veranstaltungsreihe „Infrastrukturzyklus“ der VÖVW, gemeinsam mit der Österreichischen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) und der Bundesvereinigung Logistik Österreich (BVL), wie in den Jahren zuvor, durchgeführt.

Die Bundessparte Industrie hat die Veranstaltungsreihe „Infrastrukturzyklus“ der VÖVW, gemeinsam mit der Österreichischen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (ÖVG) und der Bundesvereinigung Logistik Österreich (BVL) durchgeführt.

27. Jänner 2010: „Güterverkehrszentrum Wiener Hafen“

Dir. Mag. Walter Edinger, Wiener Hafen

19. Mai 2010: „Breitbandkommunikation der Zukunft - Connected Car“

Dipl.-Ing. Erwin Teufner, Technikvorstand Alcatel-Lucent Austria AG

9. Juni 2010: „Der Eurokombi: Informationen aus erster Hand“

Arnuf Bleck, MAYER & MAYER Holding GmbH & Co KG

Dr. Frank Albers, Fahrzeugwerk Bernhard Krone GmbH

Dr. Loes Aarts, Niederländisches Verkehrsministerium

Dipl.-Ing. Klaus Robatsch, Kuratorium für Verkehrssicherheit

6. Oktober 2010: „Seaports of Niedersachsen - Universalhäfen mit exzellenten Verbindungen“

Andreas Bullwinkel, Seaports of Niedersachsen GmbH

3. November 2010: „Bewertungsverfahren am Beispiel Hauptbahnhof Wien“

Ass.Prof.Dr. Brigitta Riebesmeier, Wirtschaftsuniversität Wien

MMag. Wolfgang Schwarzbeuer, IHS

DI Dr. Georg Kribernegg, IKK

Für das Jahr 2011 werden unter anderem Veranstaltungen zu den Themen „Enns Hafen“, „Hafen Hamburg“, „Die Baltisch-Adriatische-Achse“ und dem „Hafen Antwerpen“ geplant.

Mag. Hagen Pleile ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Andrea Bärenthaler
Richard Guhsl
Christian Kaiser

Umwelt- und Energiepolitik

EU Klimapaket und internationale Klimapolitik

Die Klimapolitik führte mit dem Benchmarking als Hauptschwerpunkt des Emissionshandels dieses Jahres das Zuteilungssystem für freie Zertifikate ein. Die Bundessparte Industrie konnte die österreichische Position hier entscheidend mitgestalten - insbesondere konnte hier die Expertise aus den Unternehmen in die Positionen zu den Zuteilungsprozessen eingebracht werden. Das Ergebnis bedeutet eine freie Zuteilung über die dritte ETS Periode für die österreichischen Firmen von durchschnittlich 82 %.

Die internationale Klimapolitik bestätigte in Cancun am Jahresende das 2-Grad-Ziel, konnte aber keine Erfolge bei einer Beteiligung anderer Länder außerhalb der EU am Emissionshandel erreichen. Die Bundessparte Industrie beteiligte sich an weiterführenden Studien und politischen Diskussionen zum internationalen Klimaziel und wirkte so auf die Perpetuierung der österreichischen Position zu einem Verbleiben bei einem 20 % Ziel hin.

Energiestrategie

Die im vorangegangenen Jahr erfolgreich umgesetzten Maßnahmengruppen und deren Ergebnisse wurden im Jahr 2010 durch die politischen Entscheidungsträger nicht weitergeführt oder umgesetzt. Nur einzelne Maßnahmen, wie die Sanierungsoffensive, konnten durch die breite Einigkeit in der politischen Landschaft als Forderung der Industrie umgesetzt werden und

Die Bundessparte Industrie hat vorausblickend in der Energiestrategie festschreiben lassen, dass die Industrie durch das EU-Emissionshandelssystem ETS vollständig abgedeckt ist und weitere Maßnahmen nicht vorzunehmen sind. Diese Position wird weiterhin im Beschlussprozess des Klimaschutzgesetzes zu vertreten sein.

es werden 400 Millionen Euro über vier Jahre zur Verfügung gestellt. Auch die Elektromobilität wird nun in den drei zuständigen Ministerien durch eine gemeinsame Steuerungsgruppe umgesetzt; allerdings zeichnet sich hier wieder ein Prozess mit einer erheblichen Gruppen- und Teilnehmeranzahl ab, die es zu begleiten gilt - die Bun-

dessparte Industrie wird wiederum durch Vertreter in den Gruppen mitwirken. Der Gesamtprozess ist bis Anfang 2011 nicht über die Gespräche über die Zusammensetzung der Entscheidungsgruppen hinausgegangen, was größtenteils auf die fehlende Koordination in den Regierungsparteien zurückzuführen war. Aktuell belebt das Umweltministerium die Diskussion leider wieder mit einer neuen Variante, der Autarkiestrategie, die losgelöst von der bisherigen Energiestrategie agiert.

Nationales Emissionsrecht und Klimaschutz

Die nationale Gesetzesgrundlage zum Emissionshandel wird nun im Frühjahr 2011 als Gesetzesvorlage eingebracht. Die Bundessparte Industrie war schon über die europäischen Entwürfe in der weiterführenden Diskussion zur Gestaltung des nationalen Emissionszertifikatengesetz eingebunden und wurde bei der Abgrenzung der neuen Teilnehmer als auch in vielen Einstufungsfragen aktiv. Nun startet die Bundessparte Industrie zusammen mit dem BMLFUW als Kick Off zum neuen Emissionshandel im Frühjahr 2011 vor der Begutachtung einen umfassenden Workshop für alle Teilnehmer zur Umsetzung des Emissionshandels.

Das Klimaschutzgesetz, als weiterer Baustein des nationalen Emissionsrechtes, wurde nun durch mehrere Bundesministerien mit den Ländern verhandelt, konnte aber nicht zum Abschluss geführt werden; in den aktuellen Entwürfen erfolgt erst eine materiell rechtliche Ausgestaltung, allerdings sollen die Klimasektorziele, so auch die der Industrie, trotz des EU-Emissionshandelssystems (ETS) fortgeschrieben werden. Die Bundessparte Industrie hat hier bereits vorausblickend in der Energiestrategie festschreiben lassen, dass die Industrie durch den ETS vollständig abgedeckt ist und weitere Maßnahmen nicht vorzunehmen sind. Diese Position wird weiterhin im Beschlussprozess des Klimaschutzgesetzes zu vertreten sein.

Ökostromgesetz und Energieabgabengesetzgebung

Die Ökostromgesetzgebung wurde trotz vorliegenden Entschließungsantrags des Parlaments nicht im Sinne der Bundessparte Industrie umgesetzt. Folgende Ter-

mine bei Bundesminister Reinhold Mitterlehner sowie im Kabinett des BMF zeigten auf, wie desinteressiert die politischen Entscheidungsträger zu einer Lösung in dieser Frage stehen. Die Mitteilung des BMF war grundsätzlich ablehnend, „da dies Sache des BMWFJ sei“; das BMWFJ konnte nichts bewirken, „da die Mitarbeit des BMF notwendig sei“.

Die Diskussion um das Budgetbegleitgesetz brachte wiederum die Möglichkeit einer sofortigen Lösung für die angestrebte Deckelung der energieintensiven Industrie. Ein vollständig national umsetzbarer Vorschlag über eine budgetfinanzierte Variante ohne Mehrbelastung der staatlichen Finanzen wurde dem Finanz- und dem Wirtschaftsminister vorgelegt - hier wurde trotz zuvor stärkerer Eingriffspläne erreicht, dass keine Einschnitte im Bereich der produzierenden Betriebe in der Energieabgabenrückvergütung erfolgen, wie dies in allen anderen Bereichen der Wirtschaft umgesetzt wurde.

Das Thema Ökostromgesetz steht und fällt weiterhin mit Entscheidungen der EU Kommission zu zwei parallel laufenden Verfahren; davon wird voraussichtlich das erste in Kürze negativ entschieden werden. Im kommenden Jahr ist daher durch die auslaufende De Minimis Regelung und die Lage des Auftragsstands der Förderanträge bei Ökostromanlagen mit einer deutlichen Verschlechterung in diesem Bereich für die Zahlerseite zu rechnen. Die Bundessparte Industrie arbeitet derzeit an einer weiteren Vorschlagsvariante, die vom BMWFJ wieder an den Kommissionsprozess zur Zustimmung gegeben wird, als auch an einer Förderungsinitiative zur steuerlichen Begünstigung von Eigenstrom.

Energiebinnenmarktpaket

Die nächste Stufe der Marktliberalisierung im Energiebereich war mit der Umsetzung des ELWOG und der noch anstehenden Begutachtung des GWG ein Hauptaugenmerk. Hierbei wurde die Bundessparte Industrie vor allem in der Koordination der verschiedenen Bereiche der Industrie - Erzeugerseite und Verbraucherseite - aktiv und konnte auf ein gemeinsames Vorgehen und eine akkordierte Positionierung hinwirken.

Green Jobs

Der durch das Umweltministerium gesteuerte Prozess hatte das Ziel, grüne von nicht grünen Arbeitsbe-

reichen zu trennen und medial zu heben. Durch ein intensives Einbringen in den Diskussionsprozess und eine objektive Darstellung konnte auch hier dargestellt werden, dass jede Vorleistung zu einem grünen Produkt (wie beispielsweise Windkraftanlagen) ebenfalls zu dem Thema Green Job Beiträge leistet. Eine entsprechende Zersplitterung und Aufteilung sowie Positionierung der gesamten Wirtschaft, wie durch den Plan Green Job avisiert, gelang dadurch nicht.

Die Diskussion um das Budgetbegleitgesetz brachte die Möglichkeit einer sofortigen Lösung für die angestrebte Deckelung der energieintensiven Industrie. Ein vollständig national umsetzbarer Vorschlag über eine budgetfinanzierte Variante ohne Mehrbelastung der staatlichen Finanzen wurde dem Finanz- und dem Wirtschaftsminister vorgelegt.

Novellen des Wasserrechtsgesetzes

Nachdem der Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan Ende März 2010 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden war, stand die Umsetzung der europäischen Hochwasser-Richtlinie im Zentrum von weiteren Novellierungsbemühungen im Wasserrechtsgesetz (WRG). Bis 2015 soll die Sicherheit an Gewässern vor Überschwemmungen durch eine umfassende Gefahrenzonenplanung und entsprechende Bewirtschaftungspläne verbessert werden. Die Umsetzung in den Bundesländern steht nun an. Die WKÖ brachte im Rahmen der Begutachtung generelle Vereinfachungen im Wasserrechtsgesetz aufs Tapet, die künftig auch Industrieunternehmen nützen werden (Wegfall von nicht mehr nötigen Bescheid-Auflagen, Zweckmäßigkeit der Mittel im Sanierungsverfahren, Anzeigeverfahren bei Effizienzsteigerungsmaßnahmen von Wasserkraftanlagen etc). Die Novelle passierte im Dezember den Ministerrat und soll im Frühjahr 2011 vom Parlament beschlossen werden.

Die Qualitätszielverordnung Chemie Oberflächengewässer erfuhr - ganz im Sinne der Wirtschaft - eine Anpassung an die Vorgaben der sogenannten Umweltqualitätsnorm-Richtlinie. Damit werden die europäischen Grenzwerte der sogenannten Prioritären Stoffe für den guten Zustand des Gewässers eins zu eins übernommen und eine EU-weite Harmonisierung realisiert. Des Weiteren konnte erreicht werden, dass für einen seit Jahren diskutierten Parameter (AOX) künftig die Beurteilung der tatsächlichen lokalen ökologischen Auswirkung ausschlaggebend sein wird.

Prioritäre Stoffe - Workshop „Bioverfügbarkeitsmodelle“

Im Rahmen eines international besetzten Workshops, den die Bundessparte Industrie organisiert hat, wurde im Herbst 2011 erstmals über die Realisierbarkeit von Bioverfügbarkeitsmodellen in Österreich diskutiert. Diese beschreiben bei der Überschreitung von Schadstoffgrenzwerten in Gewässern die tatsächlichen Auswirkungen auf bestimmte Lebewesen und damit konkrete negative Auswirkungen auf Fauna und Flora. Die Einbettung dieser Modelle in das europäische und österreichische Wasserrecht wird in Wissenschafts- und Industriekreisen als Zukunftshoffnung bei einer weiteren Verschärfung von starren Grenzwerten gehandelt. Die Anerkennung auf EU-Ebene ist mittlerweile in einem fortgeschrittenen Stadium.

Immissionsschutz-Gesetz Luft (IG-L)

Mit der Beschlussfassung der Novelle zum Immissionsschutz-Gesetz Luft im August 2010 im Nationalrat gelang ein standortpolitischer Meilenstein: Die österreichische Grenzwertangleichung an die ohnehin strengen EU-Werte schafft die Voraussetzung für den Fortbestand und die Weiterentwicklung von Industriebetrieben in belasteten Gebieten. Unternehmen, die sich am Stand der Technik befinden, sind künftig

Mit der Beschlussfassung der Novelle zum Immissionsschutz-Gesetz Luft im August 2010 im Nationalrat gelang ein standortpolitischer Meilenstein: Die österreichische Grenzwertangleichung an die ohnehin strengen EU-Werte schafft die Voraussetzung für den Fortbestand und die Weiterentwicklung von Industriebetrieben in belasteten Gebieten.

weiterhin vor bestimmten drastischen Maßnahmen geschützt. Dem positiven Abschluss des Luftpakets gingen monatelange zähe Verhandlungen voraus, von denen jedoch alle Stakeholder gleichermaßen profitierten. Durch erweiterte Maßnahmenmöglichkeiten sollte es nun vor allem den Bundesländern leichter möglich sein, positive Akzente in der Luftpolitik zu setzen.

Weitere Verhandlungen zur sogenannten „Verordnung mobile Maschinen und Geräte“, die den Einsatz von Baumaschinen und Offroad-Geräten in Sanierungsgebieten regeln soll, wurden im Herbst 2010 aufgenommen und sollen 2011 abgeschlossen werden. Im Rahmen des gemeinsam mit der Umweltpolitischen Abteilung der WKÖ veranstalteten Anlagensymposiums am 4. November 2010 in Wien wurden die Auswirkungen des neuen IG-L auf die Wirtschaft diskutiert.

Ressourceneffizienz-Aktionsplan

Wie bereits im letzten Koalitions-Übereinkommen festgeschrieben, bemühen sich das Umweltministerium, das Wirtschaftsministerium und die WKÖ seit dem Winter 2009/10 um eine verbesserte Datenlage und mögliche sinnvolle Maßnahmen zur Anhebung der Ressourceneffizienz insbesondere in der Industrie. Das Thema erlangte auch auf EU-Ebene in den vergangenen Monaten massive Bedeutung, nicht zuletzt durch Medien-Meldungen, dass für viele Branchen die Verfügbarkeit von Rohstoffe zusehends schwieriger wurde. Umfassende Workshops und eine von der Bundessparte Industrie mitfinanzierte Netzwerkkonferenz im Oktober dienten der grundsätzlichen Meinungsbildung zusammen mit Experten der Wissenschaft und Industrie. Die ursprünglich beabsichtigte Fertigstellung des Plans mit Dezember 2010 verzögerte sich deutlich, eine Fertigstellung unter Berücksichtigung von Aktivitäten auf EU-Ebene und in anderen Mitgliedstaaten scheint Mitte 2011 realistisch.

Emissionshandel SO₂/NO_x

Bereits vor Jahren hatte sich die Europäische Kommission verpflichtet, die erweiterte Anwendung von Market Based Instruments (vgl. CO₂-Zertifikatehandel) auf Luftschadstoffe zu prüfen. Umfangreiche Studienergebnisse vom Februar 2010 hatten nicht nur den Unmut der (österreichischen) Industrie hervorgerufen, sondern gegen Jahresende auch jenen der europäischen Mitgliedstaaten beziehungsweise vieler NGOs. Aufgrund von guter Kooperation, schlagkräftigen Argumenten und internationalen Veranstaltungen zum Thema gelang es gemeinsam die Kommission zu einem Rückzug ihrer Bemühungen zu bewegen. Ein umfassender Emissionshandel hätte nicht zuletzt Teile des neuen europäischen Anlagenrechts (Stichwort Industrieemissionen-Richtlinie) konterkariert.

Chemikalienpolitik, REACH und CLP

Die Bundessparte Industrie ko-finanzierte in bewährter Weise Veranstaltungen und Broschüren zu den Dauerbrennern REACH und CLP und beteiligte sich an laufenden Konsultationen. Über (branchen)spezifische aktuelle Themen wurde der Expertenkreis der Bundessparte Industrie regelmäßig informiert.

Die Mitwirkung der Wirtschaft bei der Nano-Informationsplattform NIP wird die Fortführung des Dialogs auf Basis des Österreichischen Nano-Aktionsplanes bilden, welcher unter reger Mitarbeit der Industrie im Frühjahr

2010 fertiggestellt und vom Ministerrat abgesegnet wurde. Ziel ist die Entwicklung eines webbasierten Informationsportals zur Nanotechnologie.

Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) Novelle

Am 20. Jänner 2011 wurde die AWG Novelle 2010 im Nationalrat angenommen. Die Novelle wird voraussichtlich im Februar 2011 in Kraft treten.

Die AWG-Novelle 2010 dient der Umsetzung der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie (RL 2008/98/EG über Abfälle). Mit der Novelle werden u.a. die geänderten und neuen Begriffsbestimmungen, die neue fünfstufige Abfallhierarchie, die neue Genehmigungspflicht für die Sammlung und Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen, die Regeln für das Abfallende und die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Erstellung von Abfallvermeidungsprogrammen der Richtlinie übernommen. Diese Neuerungen konnten im Wesentlichen - ohne zusätzliche Belastungen/Einschränkungen für die Unternehmen - eins zu eins übernommen werden.

In den Verhandlungen konnten zu folgenden Punkten Verbesserungen zum Begutachtungsentwurf erzielt werden:

- ▣ Abfallproduzentenhaftung
- ▣ Keine zusätzlichen Registrierungsanforderungen für Abfalltransporteure
- ▣ Vorabzustimmung für die Abfallverbringung
- ▣ Definition von „Recycling“ laut AbfallrahmenRL

Mehrweg-Einweg-Diskussion

In den Diskussionen zur Abfallwirtschaftsgesetz-Novelle (siehe oben) wurde seitens der SPÖ bis zur letzten Minute eine Regelung, die eine gesetzliche Verpflichtung zur Steigerung des Mehrweganteils vorsieht, gefordert. Letztlich konnte man sich auf einen Entschließungsantrag einigen, welcher die Erarbeitung von Vorschlägen für Maßnahmen und Regelungen zur „umweltgerechten Entwicklung des Mehrweganteils an Getränkeverpackungen“ durch die Sozialpartner bis Mitte 2011 vorsieht. Es wurde keine Verpflichtung zu einer gesetzlichen Regelung oder einer Steigerung des Mehrweganteils in das AWG aufgenommen.

Neben dem Mehrwegthema behandelt der Entschließungsantrag noch weitere Themen, wie die VerpackungsVO (Öffnung des Markts für einen fairen Wettbewerb der Systeme), die Nachhaltigkeitsagenda („Stärkung der Nachhaltigkeit von Verpackungen“)

sowie die Vermeidung und Beseitigung von Abfall im öffentlichen Raum („Littering“).

Die weitere Behandlung des Entschließungsantrags erfolgt im Rahmen des Umweltbeirats (Besetzung mit Umweltreferenten der Sozialpartner und der Industriellenvereinigung).

Elektronisches Datenmanagement (EDM)

Das Abfallwirtschaftsgesetz sieht zukünftig die Möglichkeit per Verordnung der Einhebung eines Aufwandsatzes für den regulären Betrieb des EDM vor. Dies wurde an die Voraussetzung geknüpft, dass eine entsprechende Entlastung in den Verwaltungskosten der Unternehmen vorhanden sein muss. Auch muss die Funktionsfähigkeit der jeweiligen Anwendung gegeben sein. Die Prüfung der Funktionsfähigkeit hat unter Einbeziehung der WKÖ mit in der Praxis davon betroffenen Unternehmen zu erfolgen. Die erste Verordnung für die kostenpflichtige Anwendung des EDM soll bereits 2011 für den Bereich Elektrogeräte und Batterien erlassen werden.

2010 wurde dem lang geäußerten Wunsch der Industrie entsprochen, Verbesserungen im EDM-System gemeinsam mit Verantwortlichen in Umweltministerium und Umweltbundesamt zu diskutieren.

Generell wurde 2010 dem lang geäußerten Wunsch der Industrie entsprochen, Verbesserungen im EDM-System gemeinsam mit Verantwortlichen in Umweltministerium und Umweltbundesamt zu diskutieren. Dazu konnte einerseits die „Plattform EDM“ aus der Taufe gehoben werden, andererseits hat die Wirtschaft nun auch die Möglichkeit, den EDM Landeskoordinatoren-Treffen beizuwohnen und Informationen aus erster Hand zu erhalten. Schließlich wurde im Dezember 2010 ein Workshop mit Thema Usability des neuen eRAS-Systems (elektronisches Register für Anlagen- und Personen-Stammdaten) gemeinsam mit dem Umweltbundesamt veranstaltet.

Novelle der Abfallverbrennungsverordnung

Die AbfallverbrennungsVO wurde am 27. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt verlautbart. Das Inkrafttreten der AVV Novelle verzögerte sich, da insbesondere die Übergangsbestimmungen in § 19b lange diskutiert wurden. In der Novelle findet sich aber schlussendlich unverändert der erzielte Kompromiss wieder. Die Änderungen durch diese Novelle treten mit 1. Jänner

2011 in Kraft. Ziel der Novelle ist, die Inputkriterien für Abfälle, die in Mitverbrennungsanlagen verbrannt werden, festzulegen und Regelungen des Abfallendes von Ersatzbrennstoffen festzulegen.

Industrieemissions-Richtlinie in Kraft getreten

Am 17. Dezember 2010 wurde die Industrieemissions-Richtlinie 2010/75/EG im Amtsblatt der EU kundgemacht. Die Richtlinie tritt damit am 6. Jänner 2011 in Kraft und ist bis Anfang Jänner 2013 in österreichisches Recht umzusetzen. Die österreichische Umsetzung wird 2011 in Österreich erarbeitet werden. Mit den ersten Gesetzesentwürfen dazu ist Anfang 2012 zu rechnen. Um den Prozess von Seiten der Industrie begleiten zu können, wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den Unternehmen eingerichtet.

Novelle des Altlastensanierungsgesetzes

Im Zuge des Budgetbegleitgesetzes wurde auch das Altlastensanierungsgesetz (ALSAG) novelliert. Wesentliche Änderungen betreffen die Erhöhung der Beitragsätze um die aufsummierte Inflationsrate und die Einschränkung der Zweckbindung der Altlastensanierungsbeiträge von 2011 bis 2014. Seitens des BMLFUW wird außerdem an einer weiteren Novelle des ALSAG gearbeitet. Eine Änderung der Verfahren ist geplant, um diese rascher und einheitlicher zu gestalten.

Elektroaltgeräte und gefährliche Stoffe in Elektrogeräten: WEEE & RoHS-Revision

Der Vorschlag zur Neufassung der Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS)

Die Industrieemissions-Richtlinie der EU ist am 6. Jänner 2011 in Kraft getreten und bis Anfang Jänner 2013 in österreichisches Recht umzusetzen. Mit den ersten Gesetzesentwürfen dazu ist Anfang 2012 zu rechnen. Um den Prozess von Seiten der Industrie begleiten zu können, wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den Unternehmen eingerichtet.

wurde gemeinsam mit dem Vorschlag für die Neufassung der Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) Ende 2008 vorgestellt. Die Verhandlungen in Parlament und Rat gingen bei der RoHS-RL zügig voran, noch vor Weihnachten konnte ein Kompromiss in erster Lesung erzielt werden. Zur WEEE-Richtlinie wird eine Einigung in erster Lesung im ersten Quartal 2011 angestrebt,

als wahrscheinlicher gilt aber eine Einigung in zweiter Lesung.

Abfallende

Auf europäischer Ebene sind Verordnungen zum Abfallende von Alu- und Stahlschrott, Altpapier und Altglas in Ausarbeitung. Zu Kupferschrott liegt ebenfalls schon eine Studie des Joint Research Center (JRC) vor. Die Verordnung zum Abfallende von Alu und Stahlschrott hätte planmäßig bereits im Sommer 2010 fertig sein sollen, unterschiedliche Auffassungen der Mitgliedstaaten haben den Zeitplan aber verzögert.

In Österreich plant das Lebensministerium im nächsten Jahr, also 2011, mit der Arbeit für eine Abfallverordnung zu Baurestmassen zu beginnen. Dies würde wesentliche Vorteile bei der weiteren Verwendung von recyceltem Baumaterial bringen.

Überarbeitung der Verordnung brennbarer Flüssigkeiten

Vom Wirtschaftsministerium wird eine Revision der Verordnung brennbarer Flüssigkeiten (VbF) geplant. Die VbF enthält Regelungen für den Umgang mit und insbesondere die Lagerung von bestimmten brennbaren Flüssigkeiten. Hauptanlass für die Revision der Verordnung sind die Neuerungen im EU-Chemikalienrecht (CLP Verordnung (EG) Nr. 1272/2008). Der Begutachtungsprozess startet voraussichtlich mit Mitte 2011.

Verordnung zum Umweltmanagementgesetz

Eine Verordnung über die Errichtung nationaler Register für Organisationen, die andere (gleichwertige) nachhaltige Umweltmanagementsysteme wie EMAS anwenden, ist derzeit in Begutachtung. Anliegen der Bundessparte Industrie ist es, dass mit der Verordnung neben EMAS-Betrieben auch Unternehmen mit anderen vergleichbaren Umweltmanagementsystemen der Zugang zu den Verwaltungsvereinfachungen des UMG geöffnet wird. Es sollen auch ISO-14001-Betriebe berücksichtigt werden und Responsible Care-Betriebe auch dann, wenn sie nicht über ein ISO-14001-Zertifikat verfügen.

Mag. Andrea Bärenthaler, Mag. Richard Guhsl und DI(FH) Christian Kaiser sind Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Michael Renelt

Wirtschafts- und Forschungspolitik

Die Globalschätzung der Statistik Austria erwartet für das Jahr 2010 ein Ansteigen der Forschungsquote auf 2,76 %, wobei die Forschungsausgaben des Unternehmenssektors in etwa auf dem Niveau des Vorjahres verharren bleiben. Das Budgetbegleitgesetz 2010 sieht eine Anhebung der Forschungsprämie von derzeit 8 auf 10 % vor, wobei gleichzeitig sämtliche Forschungsfreibeträge mit 31. Dezember 2010 auslaufen.

2009 und 6,0 % unter dem Ergebnis von 2008 liegen. Die Forschungsfinanzierung durch den Bund wird 2010 nach den vorliegenden F&E-relevanten Budgetanteile inklusive der Forschungsprämie um fast 11 % über dem Wert von 2009 liegen und maßgeblich zur Stabilisierung der österreichischen F&E -Ausgaben beitragen.

Mit 43,3 % wird der größte Anteil der F&E-Ausgaben vom Unternehmenssektor finanziert. Hinzu kommen noch 15,0 % von europäischen Unternehmen, die Österreich zum Forschungsstandort gewählt haben.

Forschungspolitik

Österreichs F&E-Ausgaben 2010

Nach den neuesten Schätzungen der Statistik Austria werden die Forschungsausgaben in Österreich im Jahre 2010 voraussichtlich 7,8 Milliarden Euro betragen, gegenüber dem Jahr 2009 um 3,4 % ansteigen und 2,76 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichen. Mit 43,3 % (rund 3,38 Milliarden Euro) wird der größte Anteil von der Wirtschaft finanziert. Hinzu kommen noch 15,0 % (rund 1,17 Milliarden Euro) vom Ausland, das heißt von europäischen Unternehmen, die Österreich zum Forschungsstandort gewählt haben.

Die F&E-Finanzierung durch den Unternehmenssektor wird 2010 nach einem Rückgang im Krisenjahr 2009 auf diesem Niveau bleiben. Die Forschungsgelder aus dem Ausland werden um 0,6 % unter dem Wert von

FFG - Innovationsscheck

Der „Innovationsscheck“ ist Teil einer Palette von Maßnahmen, die seitens des Technologieministeriums BMVIT und des Wirtschaftsministeriums BMWFJ in Kooperation mit der Forschungsförderungsgesellschaft FFG zur Stärkung der F&E-Aktivitäten österreichischer KMU in Angriff genommen wurde. Insbesondere für kleine Unternehmen existieren Hemmschwellen bei der Kooperation mit Forschungseinrichtungen, die mit diesem Innovationsscheck reduziert werden sollen. Die Höhe der Förderung beträgt bis zu 5.000 Euro. Sie erfolgt in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Die Abrechnung mit der Forschungseinrichtung erfolgt zu den tatsächlichen Kosten. Die förderbaren Vorhaben beinhalten Ideenstudien, Vorbereitung für ein F&E-

Finanzierung der österreichischen Forschungsausgaben

	2010	2010/09	2010/09
	in Mill. EUR	Veränd.in %	Anteil in %
Bruttoinlandsausgaben für F&E	7.805	3,4	100,0
Davon finanziert durch:			
Bund	2.741	10,9	35,1
Bundesländer	389	-2,1	5,0
Unternehmenssektor	3.381	0,1	43,3
Ausland	1.174	-0,6	15,0
Sonstige	119	1,9	1,5
BIP nominell	282.420	2,0	-

Quelle: STATISTIK AUSTRIA (Globalschätzung 2010) , WIFO Prognose März 2010

Vorhaben, Unterstützung bei der Prototypentwicklung, Analyse des Technologietransferpotentials sowie Innovationspotentials sowie Konzepte für technisches Innovationsmanagement.

Im Jahr 2010 sind bei der FFG (www.ffg.at) 1.214 diesbezügliche Anträge eingegangen, von denen 954 Schecks genehmigt und verschickt wurden. Seit dem Start des „Innovationsschecks“ am 6. November 2007 sind bis zum 31. Dezember 2010 insgesamt 4.317 Anträge eingelangt, von denen wiederum 3.718 positiv erledigt werden konnten.

FFG Basisprogramme

Im abgeschlossenen Gesamtjahr 2010 machte die Gesamtförderung bei den „Bottom-up“ FFG-Basisprogrammen 283,6 Millionen Euro aus, gegenüber dem

Im Jahr 2010 machte die Gesamtförderung bei den „Bottom-up“ FFG-Basisprogrammen 283,6 Millionen Euro aus, um 9,7 % weniger als im Jahr zuvor.

Vorjahr 2009 ging diese um 9,7 % bzw. um 30,5 Millionen Euro zurück. Im Vergleich zum Jahr 2008 wies das Fördervolumen einen um rund 8 Millionen Euro höheren Betrag aus.

Auch der Barwert der Förderung reduzierte sich 2010 um 9,9 % auf 160,5 Millionen Euro (2009: 178,1 Millionen Euro; 2008: 151,8 Millionen Euro).

Von den insgesamt 283,6 Millionen Euro Fördervolumen entfielen 21,3 % auf den ÖNACE Bereich 26 „Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen“ (60,5 Millionen Euro), 13,3 % im Wert von 37,7 Millionen Euro auf den Maschinenbau (ÖNACE 28), sowie 11,9 % auf ÖNACE 21 „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ (33,7 Millionen Euro). Nach Bundesländern (Projektstandort) gingen 24,7 % der Basisprogramm-Förderungen 2010 nach Oberösterreich sowie 24,5 % in die Steiermark.

COMET - Kompetenzzentren

Im Februar 2010 wurden mit der Umsetzung der Jury-Empfehlung zur Förderung von 15 neuen K-Projekten die Ausschreibungen im Kompetenzzentren-Programm COMET abgeschlossen. Damit besteht die Landkarte der österreichischen Exzellenzzentren aus fünf K2-Zentren, 16 K1-Zentren und 25 K-Projekten. Insgesamt stehen während der Laufzeit des COMET-Programms rund 500 Millionen Euro an Bundesförderungen zur

Verfügung. COMET wird vom BMVIT finanziert und von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG abgewickelt (<http://www.ffg.at/program/comet-competence-centers-excellent-technologies>).

Rat für Forschung und Technologieentwicklung

Am 21. Oktober 2011 trat der für eine Funktionsperiode von fünf Jahren neu bestellte Rat für Forschung und Technologieentwicklung zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen und wählte Dkfm. Dr. Hannes Androsch zum Vorsitzenden und Prof. Dipl. Ing. Dr. Peter Skalitzky zum stellvertretenden Vorsitzenden. Wissenschafts- und Infrastrukturministerium haben wie in der Vergangenheit je vier Personen für den neuen Rat nominiert. Die weiteren Ratsmitglieder sind Gabriele Ambros (Verlagsleiterin und Präsidentin von Forschung Austria), Karin Schaupp (Unternehmensberaterin) und die Biotechnologin Gi Eun Kim seitens des BMVIT sowie die Mikrobiologin Renee Schroeder, der Genetiker Markus Hengstschläger und die Rechtswissenschaftlerin Marianne Hilf (vom BMWF ernannt).

Nationalstiftung

Die im Jahr 2003 als Teil eines Wachstums- und Standortpakets gegründete Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung schüttete 2010 insgesamt rund 75 Millionen Euro für langfristig verwertbare interdisziplinäre Forschungsmaßnahmen aus. 22,9 Millionen Euro erhielt die FFG (davon 5 Millionen Euro ausschließlich für das „Bridge“-Programm), 15 Millionen Euro der Wissenschaftsfonds FWF, 8,8 Millionen Euro die Österreichische Akademie der Wissenschaften, 8 Millionen Euro die Ludwig Boltzmann Gesellschaft, 4,6 Millionen Euro die Christian Doppler Gesellschaft sowie 15,3 Millionen Euro die aws Venture Capital Initiative bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH. Seit 2004 hat die Stiftung insgesamt bereits rund 675 Millionen Euro ausgeschüttet.

FTI-Strategie des Bundes:

Die Fertigstellung der Anfang September 2009 gestarteten Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation (FTI) wurde bis zur entsprechenden Einarbeitung konkreter Budgetposten zurückgestellt, voraussichtlich bis zum ersten Quartal 2011.

Wirtschaftspolitik

Industrie-Exportpreis 2010

Im Rahmen des „17. Österreichischen Exporttages“ wurden am 10. Juni 2010 die Exportpreise 2010 übergeben. In der Kategorie „Industrie“ gewann die Wiener Firma Waagner-Biro Stahlbau AG. Die beiden Industrie-Ehrenpreise erhielten die Payer International Technologies GmbH in Bartholomä /Steiermark sowie die Pengg Austria GmbH in Thörl /Tirol.

Der gesondert vergebene go-international Award 2010 ging an die Vorarlberger Doppelmayr Holding AG. Die Ehrenpreise in dieser Kategorie an die Wienerberger AG und an die Frey Wille GmbH.

Österreichs Industrie-Kennzahlen 2010

Im Juni 2010 hat die Bundessparte Industrie ihre Statistikbroschüre „Österreichs Industrie KENNZAHLEN 2010“ in aktualisierter Form neu aufgelegt. Das Kennzahlenheft ist im Internet auf der Homepage der Industrie unter <http://wko.at/industrie>, Geschäftsführung und Öffentlichkeitsarbeit, Statistik, KENNZAHLEN, abrufbar. Es soll allen an der österreichischen Industrie Interessierten als Informationsquelle, Orientierung und Dokumentation sowohl in fachlicher als auch in regionaler Gliederung dienen.

Bilanzkennzahlenanalyse 2008/2009

Die Bundessparte Industrie setzte auch 2010 die in den Vorjahren beim Industriewissenschaftlichen Institut IWI in Auftrag gegebene Bilanzkennzahlenanalyse fort. Diese Analyse beinhaltet Sonderauswertungen für sieben Industriefachverbände, eine Länderauswertung der niederösterreichischen Industrie sowie eine für die Kollektivvertragsgruppe der Metaller.

Unternehmensfinanzierung

Nach Auslaufen der Haftungen für Großbetriebe nach dem im Jahre 2009 beschlossenen „Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz (ULSG, BGBl. I 78/2009)“ wurden von der abwickelnden Oesterreichischen Kontrollbank für 40 Unternehmen Stützungskredite im Umfang von knapp 1,7 Milliarden Euro vergeben. Diese Haftungsübernahmen waren für Betriebsmittel- und Investitionskredite sowie Anschlussfinanzierungen für fällige Anleihen und Kredite möglich. Die Deckungs-

quote des Bundes für diese Kredite wurde auf 30 bis 70 % festgelegt und die Laufzeit auf maximal fünf Jahre ausgelegt.

Budgetbegleitgesetz 2011

Die Basis für eine Budgetkonsolidierung legte die Bundesregierung bereits durch die im Bundesfinanzrahmengesetz 2011 bis 2014 (BGBl. I 33/2010) niedergeschriebenen Ausgabenobergrenzen fest. Konkretisiert wurden die entsprechenden Vorhaben bei einer zweitägigen Budget-Klausur Ende Oktober 2010 in Loipersdorf, wobei das Staatsdefizit im Jahr 2011 auf 3,2 % und die gesamtstaatliche Schuldenquote auf 71,3 % des BIP sinken sollen.

Die Konsolidierung 2011 soll durch Einsparungen (Bund 2011: - 1,4 Milliarden Euro) und Einnahmenerhöhungen (2011: + 1,2 Milliarden Euro) erreicht werden (Aufteilung im Verhältnis 55:45 ohne Einsparungen der Länder). Als neue Steuern sind unter anderem vorgesehen: Stabilitätsabgabe, Flugabgabe, Einkommensteuer (Übergangsregelung für den Entfall des Montageprivilegs, Besteuerung auf Substanzgewinne und Derivate, Haftungsbestimmung für Bauunternehmer), Körperschaftssteuer (Anhebung der Zwischensteuer bei Privatstiftungen) sowie Verschärfungen bei Normverbrauchsabgabe, Tabaksteuer und Mineralölsteuer.

Zudem wurden Offensivmaßnahmen im Wert von insgesamt 400 Millionen Euro beschlossen, nämlich je 80 Millionen Euro für die Universitäten und Schulen (Ausbau der Ganztagsbetreuung), je 100 Millionen Euro für die thermische Sanierung und Forschungsförderung sowie 40 Millionen Euro beim Kassenstrukturfonds.

Kundgemacht wurde das Budgetbegleitgesetz 2011 am 30. Dezember 2010 im BGBl. I 111/2010.

Im Bereich der Forschung wird ab 2011 die bisherige Forschungsförderung in Form von zwei unterschiedlichen Forschungsfreibeträgen (Forschungsfreibetrag alt nach § 4 Abs.4a EStG 1988 für volkswirtschaftlich wertvolle Erfindungen mit Bescheinigung des BMWFJ sowie Forschungsfreibetrag neu nach § 4 Abs. 4 EStG 1988 von 25 % für F&E-Ausgaben laut Frascati) durch eine einheitliche von acht auf zehn Prozent angehebene Forschungsprämie ersetzt.

Mag. Michael Renelt ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie.



Manfred Engelmann

Öffentlichkeitsarbeit

Letztlich läuft das Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit immer auf einen zentralen Punkt hinaus: Der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern die Bedeutung der Industrie für Wertschöpfung und Wohlstand in Österreich immer wieder bewusst zu machen. Denn nur wenn dieses Bewusstsein vorhanden ist, kann es gelingen, positive Rahmenbedingungen für industrielle Tätigkeit in Österreich sicher zu stellen.

Die Bedeutung der Industrie für die österreichische Volkswirtschaft ist kaum zu überschätzen und wird durch Untersuchungen und Studien - immer wieder auch solche, die von der Bundessparte Industrie (mit-) initiiert werden - regelmäßig eindeutig bestätigt. Bewährt hat sich, die Wichtigkeit der Industrie betont sachlich zu kommunizieren und damit die Bundessparte Industrie als kompetenten Ansprechpartner in industrierelevanten Fragen zu etablieren. Informationen werden insbesondere politischen Entscheidungsträgern, den Medien (als wirksame Multiplikatoren) und den Mitgliedern der Bundessparte zur Verfügung gestellt. Eine zunehmend bedeutsame Rolle kommt aktiven, individuellen Lobbying-Maßnahmen zu: Durch rechtzeitigen Aufbau von Kontakten mit Entscheidungsträgern und Bereitstellung von Informationen können Anliegen wirkungsvoll vertreten und Konfliktfelder beziehungsweise Probleme frühzeitig entschärft werden.

Medienarbeit

Pressekonferenzen, Presseaussendungen und Einzelgespräche mit Journalisten dienen dazu, die für die österreichische Industrie wichtigen Themen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Ein wichtiges Forum sind die quartalsweise abgehaltenen Pressekonferenzen zur Industriekonjunktur, die zu einem breiten Echo in den Medien - Print, Hörfunk und Fernsehen - führen. Neben aktuellen Konjunkturdaten können in diesem Rahmen wichtige industriepolitische Themen angesprochen werden. Auch wenn diese Themen in der aktuellen Berichterstattung mitunter weniger berücksichtigt werden, wird doch der Standpunkt der Industrie wirkungsvoll vertreten und findet bei vielen Journalisten bei später verfassten Beiträgen angemessene Beachtung.

Ist durch laufenden Kontakt und regelmäßige Veranstaltungen die Grundlage gelegt, kann mit umso größerem

Erfolg durch Presseaussendungen rasch auf aktuelle Fragen reagiert werden. Im letzten Jahr wurde dieses Mittel insbesondere eingesetzt, um den Standpunkt der Industrie zu dem von den Gewerkschaften forcierten Thema „Arbeitszeitverkürzung“ darzulegen. Unterstützt durch ein Hintergrundgespräch mit Journalisten konnte erreicht werden, dass die Medien auf den Vorstoß zur Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen gut informiert reagiert und die Risiken solcher Ideen aufgezeigt haben. Die Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit wurden aber ebenfalls deutlich, als auch eine zunehmend positive Berichterstattung in den Medien zur „Arbeitszeitflexibilisierung“ in der Industrie zu überhaupt keiner Bewegung in der Verhandlungsposition der Gewerkschaft geführt hat.

Industrie aktuell

Gemeinsam mit dem Industriewissenschaftlichen Institut wird die Quartalsschrift „industrie aktuell“ herausgegeben. Darin enthalten ist jeweils eine zusammenfassende Darstellung der Industriekonjunktur sowie eine detaillierte Schilderung der Entwicklung in den einzelnen Fachverbänden. Die Publikation wurde 2010 enger in die Kommunikationsstrategie der Bundessparte Industrie eingebunden, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass seit dem Vorjahr der Jahresbericht der Bundessparte als Ausgabe von „industrie aktuell“ erscheint. Thematische Schwerpunkte des letzten Jahres waren die Perspektiven der Industrie in einem sich aufhellenden Konjunkturfeld und aktuelle Handlungsfelder der Standortpolitik.

Mitgliederinformation

Weiterhin zentrale Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit der Bundessparte Industrie ist die intensive Kommunikation mit ihren Mitgliedern. Durch Berücksichtigung relevanter Themen in „industrie aktuell“ konnte der Erscheinungsrhythmus des Informationsblatts „Die Industrie aus erster Hand“ etwas ausgedünnt werden. Wenn wichtige Fragen anstanden, wurden aber Ausgaben produziert und an die Mitglieder versendet. Die Idee einer regelmäßigen Mitgliederinformation in elektronischer Form wurde weiter verfolgt, wobei damit ein entsprechender Informationsmehrwert für die Mitglieder der Bundessparte verbunden sein soll.

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie.



Christoph Hartmann

Die internationale Konjunkturentwicklung

Die weltweite Wirtschaftsentwicklung zeigt sich **unverändert robust**. Unverändert ist aber auch, dass Europa dem weltweiten Wirtschaftswachstum beträchtlich hinterher hinkt. Zu den bestehenden Risiken für die Konjunkturentwicklung, wie insbesondere der problematischen Schuldenlage in einzelnen europäischen Ländern, tritt als weiteres Risiko die **Verteuerung der Rohstoffe** hinzu.

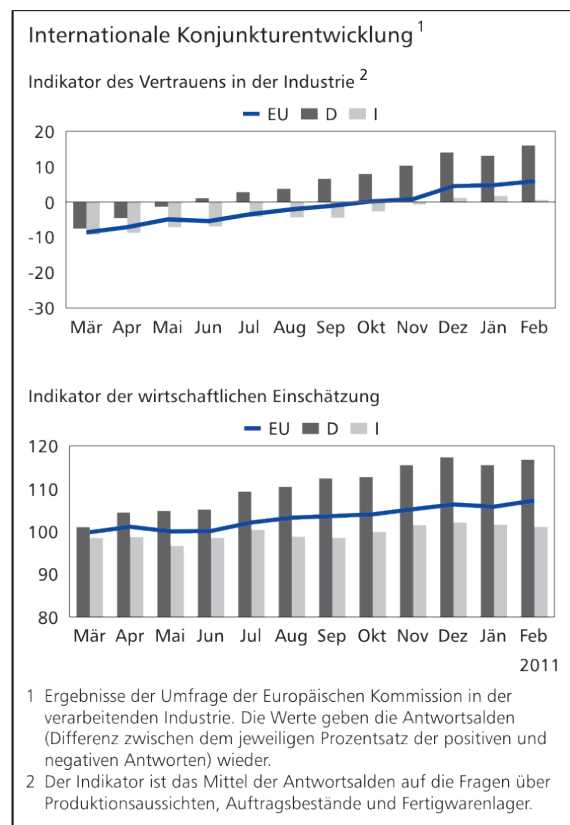
Der **Internationale Währungsfonds (IWF)** sieht im „**World Economic Outlook Update**“ aus dem Jänner 2011 ein globales Wirtschaftswachstum von 4,4 % im laufenden Jahr und 4,5 % im Jahr 2012. Damit bleibt die Wachstumsrate nahe dem überraschend kräftigen Zuwachs von 2010 (+ 5,0 %). Der Welthandel, der im Jahr 2010 um 12,0 % zugelegt und damit den Einbruch des vorangegangenen wieder wett gemacht hat, sollte heuer und im kommenden Jahr um jeweils rund sieben Prozent anwachsen. Im Kontrast zu diesen günstigen Globalzahlen steht eine **unbefriedigende Erholung in den Industrieländern**, die vom Währungsfonds als „sluggish“ (schleppend) bezeichnet wird: Insbesondere im Euroraum gewinnt die Erholung mit Wachstumsraten von 1,8 % (2010), 1,5 % (2011) und 1,7 % (2012) nicht und nicht an Tempo. Der Rückfall im laufenden Jahr ist darauf zurück zu führen, dass laut IWF die Wachstumsrate in Deutschland zurück gehen wird, mit 2,2 % bleibt das deutsche Wirtschaftswachstum innerhalb Europas aber überdurchschnittlich. Positiv zu verzeichnen ist, dass das Wirtschaftswachstum in Europa an Breite gewinnt und zunehmend auch die hoch verschuldeten Volkswirtschaften an der europäischen Peripherie erreicht.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** legt quartalsweise den „Survey of Professional Forecasters“ vor. Diese „Meta-Prognose“ des Wirtschaftswachstums im Euro-Raum hat im ersten Quartal 2011 die prognostizierte Wachstumsrate auf 1,6 % erhöht und bestätigt damit die Prognose des IWF. Für 2012 (Prognose + 1,7 %) wird ebenfalls keine Wachstumsbeschleunigung erwartet. Noch ohne Berücksichtigung des durch politische Entwicklungen bedingten jüngsten Anstiegs der Rohstoffpreise wird eine **Inflationsrate** erwartet, die mit den stabilitätspolitischen Zielen der EZB vereinbar ist: Im laufenden Jahr sollte die Inflationsrate im Euroraum bei 1,9 % liegen, im kommenden Jahr sollte es eine geringfügige Verminderung (auf 1,8 %) geben.

Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung

Der **Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung in der Europäischen Union** hat sich seit dem ersten Quartal 2009 - er lag damals bei 66,9 Punkten - deutlich erholt und im April 2010 erstmals wieder den langjährigen Durchschnittswert (100) übertroffen. Die seither zu beobachtende, weitere Verbesserung des Wertes wurde im Jänner 2011 unterbrochen, hat sich aber im Februar 2011 mit einem umso kräftigeren Zuwachs wieder fortgesetzt. Der aktuelle Indikatorwert liegt bei 107,2 Punkten und ist nicht mehr allzu weit entfernt von den **historischen Höchstwerten** in den Jahren 2000 und 2007 mit jeweils rund 115 Punkten.

Während sich innerhalb des letzten Jahres das Niveau der Einschätzung von insgesamt durchschnittlich auf nunmehr deutlich überdurchschnittlich verbessert hat, ist die **regionale Disparität** nicht geringer geworden.



Quelle: Europäische Kommission

Eine Gruppe von mittel- und nordeuropäischen Ländern weist stark überdurchschnittliche Werte auf, wogegen die Werte in Spanien, Portugal, Zypern und Rumänien um rund zehn Punkte unter dem langjährigen Durchschnitt liegen - und in Griechenland noch wesentlich schlechter. Bemerkenswert ist, dass sich in zwei großen europäischen Volkswirtschaften - Großbritannien und Italien - die zu Beginn des Jahres 2010 relativ günstigen Einschätzungen nicht mehr wesentlich verbessert haben.

Die Einschätzung der Wirtschaftslage durch die europäische **Industrie** hat sich gerade in den letzten Monaten (seit November 2010) mit beachtlicher Geschwindigkeit verbessert und nähert sich sowohl in den Daten für die EU insgesamt als auch für die Eurozone den **historischen Höchstwerten**. Die Einschätzung der Industrie ist die **treibende Kraft** hinter der Gesamtverbesserung des Indikators, denn die anderen Komponenten zeigen sich in weniger glänzendem Licht: Die Stimmung der Konsumenten hat sich in den letzten zwölf Monaten nicht weiter aufgehellt und liegt weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt; auch der Dienstleistungsbereich liegt - trotz einer zunehmend positiven Einschätzung - noch unter dem Durchschnittswert; die Bauwirtschaft zeigt ebenfalls Tendenzen einer freundlicheren Einschätzung, ist aber von den langjährigen Durchschnittswerten noch deutlich entfernt.

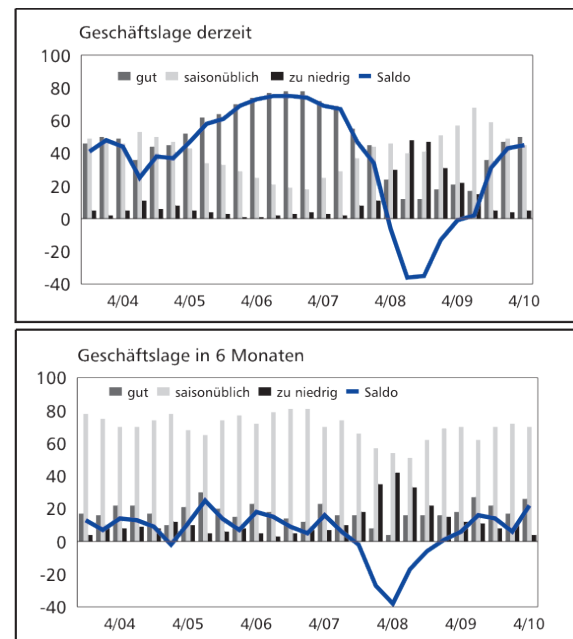
Die positive Einschätzung der europäischen Industrie beruht auf markanten Verbesserungen hinsichtlich der **inländischen Auftragslage** und der **Exportaufträge**. Der Produktionstrend der vergangenen Monate wird als sehr gut eingeschätzt und die Erwartungen hinsichtlich der Produktion in den kommenden Monaten sind hoch. Interessanter Weise hat sich in den letzten Monaten die Einschätzung immer mehr durchgesetzt, dass eine Verbesserung der Verkaufspreise zu erwarten ist. Schließlich deutet die Erwartung steigender Beschäftigung in der Industrie darauf hin, dass die Investitionstätigkeit wieder verstärkt aufgenommen werden könnte.

Die wirtschaftliche Einschätzung in Österreich

Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung hat in Österreich im April 2009 mit 70,6 Punkten seinen Tiefststand erreicht und ist seither deutlich angestiegen. Exakt ein Jahr später (April 2010) hat er den langjährigen Durchschnitt (100) wieder erreicht und ist seither auf 109,6 geklettert. Im Gegensatz zu den europäischen Globalwerten stützt sich die Verbesserung in den letzten Monaten nicht nur auf die Industrie sondern auch auf eine mittlerweile markant überdurchschnittliche Einschätzung der Lage seitens des Dienstleistungsbereichs, der Bauwirtschaft und der Konsumenten.

Die zwar positive, aber nicht so überschäumende Beurteilung der Lage durch die **Industrie** in Österreich basiert auf einer zwar insgesamt guten Auftragslage, die historisch außergewöhnlich günstige Auftragslage in Deutschland kann die österreichische Industrie aber nicht verzeichnen.

IV-Konjunkturbarometer



Die jüngste **Konjunkturumfrage der Industriel- lenvereinigung (IV)** bestätigt einen anhaltenden Aufwärtstrend der österreichischen Industrie. Das **IV-Konjunkturbarometer**, gebildet als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten, stieg zuletzt von +24 auf +34 Punkte. Wenn auch die Verbesserung nicht ganz kontinuierlich verlaufen ist, so zeigt doch die Entwicklung von -27 im ersten Quartal 2009 über +9 im ersten Quartal 2010 auf nunmehr +34 eine beachtlich positive Dynamik.

Markant verbessert hat sich vor allem die Erwartungshaltung hinsichtlich der Entwicklung im kommenden halben Jahr; nur noch vier Prozent der befragten Unternehmen sehen eine ungünstige Geschäftslage auf sich zukommen. Offenbar sind die **Ängste vor einem neuerlichen Rückfall in eine Rezession sehr gering** geworden. Angesichts eines insgesamt guten Auftragsbestands herrscht großer Optimismus bezüglich der Produktionstätigkeit in den nächsten Monaten. Ähnlich groß ist die Zuversicht, dass eine Verbesserung der Verkaufspreise möglich wird; wohl an diese Erwartung gekoppelt ist auch die bemerkenswert positive Einschätzung der künftigen Ertragsentwicklung.

Christoph Hartmann ist Chefredakteur von „industrie aktuell“.



Manfred Engelmann

Industriekonjunktur: Weiterhin gedämpfte Erholung

Im den **ersten drei Quartalen** des Jahres 2010 erwirtschaftete die österreichische Industrie einen **Produktionswert** von 91,2 Milliarden Euro (Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach der Kammersystematik). Nach dem starken Konjunkturunbruch im Jahr zuvor konnte die Industrie ihre Produktion gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode zwar um 7,5 % erhöhen, sie liegt jedoch noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau, nämlich auf dem Stand der Jahre 2006 bzw. 2007.

Im Startquartal 2010 betrug der Industrieproduktionswert 27,9 Milliarden Euro, im zweiten Quartal erhöhte er sich auf 31,3 Milliarden Euro sowie im dritten Quartal auf 32,0 Milliarden Euro. Für das **vierte Quartal 2010** kann mit einem Produktionswert von knapp unter 33 Milliarden Euro gerechnet werden. Gegenüber dem Vorjahresquartal würde dies ein **Produktionsplus von nominell acht Prozent** ergeben. Die erwartete Industrieproduktion im vierten Quartal 2010 liegt damit um rund eine Milliarde Euro unter dem Niveau des vierten Quartals 2007.

Die **Branchenbetrachtung** zeigt, dass die im Jahr 2009 von der Krise besonders stark getroffenen Branchen NE-Metall, Ledererzeugung, Gießerei und Fahrzeugindustrie in den ersten drei Quartalen 2010 überdurchschnittlich wachsen beziehungsweise die Fachverbände Papier, Bergwerke & Eisenerzeugung sowie Holz zweistellig aufholen konnten. Die Fachverbände der Stein- und keramischen Industrie, der Bauindustrie und der Lederverarbeitung werden Mühe haben, ihr Produktionsniveau des Vorjahrs zu erreichen.

Der **mengenmäßige Produktionsindex** der österreichischen Industrie lag im Zeitraum Jänner bis September 2010 mit 106,5 (Basis 2005 = 100) auf dem Niveau des Vergleichszeitraums 2006. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 konnte er um 4,9 % zulegen. Für das vierte Quartal 2010 kann eine Indexverbesserung um rund sechs Prozent angenommen werden.

Auftragseingänge

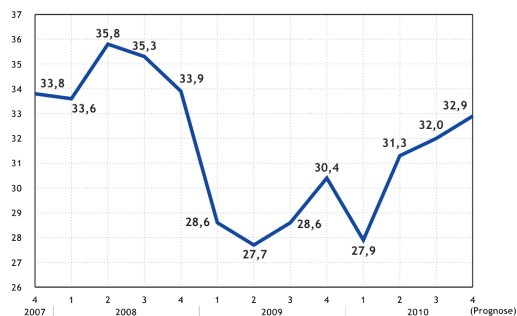
Die um die Storni bereinigten **Industrieauftragseingänge** wiesen in den ersten drei Quartalen 2010 insgesamt eine Höhe von 58,5 Milliarden Euro aus. Sie lagen damit um nominell 19,2 % über dem im Vorjahr eingebrochenen Stand, jedoch um über eine Milliarde Euro unter dem Niveau des Vergleichszeitraums 2006.

Während die inländischen **Auftragseingänge** in den ersten drei Quartalen 2010 um fünf Prozent auf 16,8 Milliarden Euro nur leicht anstiegen, erhöhten sich die ausländischen Auftragseingänge mit fast 26 Prozent auf 41,7 Milliarden Euro kräftig.

Für das vierte Quartal 2010 ist mit einem weiteren Anstieg der Auftragseingänge zum Vorjahresquartal zu rechnen, doch dieser wird mit rund zwölf Prozent niedriger ausfallen wie in den Vorquartalen, da die Industrieauftragseingänge nach dem Wirtschaftseinbruch bereits im vierten Quartal 2009 ihre Talsohle durchschreiten konnten.

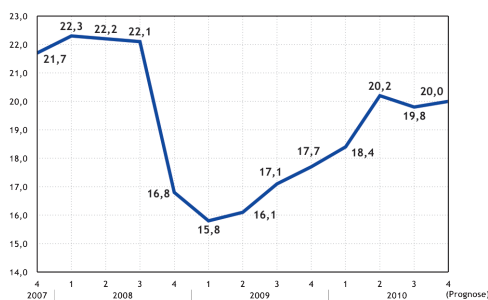
Österreichs Industrie Abgesetzte Produktion

Quartale, zu laufenden Preisen, in Milliarden EUR



Österreichs Industrie Bereinigte Auftragseingänge

Quartale, nominell, in Milliarden EUR



Industriebeschäftigte

Die Anzahl der **Industriebeschäftigten** ist im Zeitraum Jänner bis September 2010 um 4,2 % auf 392.181 Arbeitnehmer geschrumpft. Während die Anzahl der Arbeiter mit 222.215 um 5,0 % (somit um 11.702) unter dem Vergleichsstand des Vorjahres lag, reduzierte sich die Anzahl der Industrieangestellten im Jahresvergleich um 2,9 % (das sind rund 4.700 Angestellte) auf 155.952.

Von Quartal zu Quartal konnten die Industriebetriebe den Beschäftigtenabbau heuer vermindern. Während das Eigenpersonal im Startquartal 2010 noch um 6,9 % zurückging, betrug der Rückgang im zweiten Quartal 3,9 % und im Zeitraum Juli bis September 1,6 %. Für das vierte Quartal 2010 kann mit einer weiteren Abnahme des Beschäftigtenrückgangs um in etwa ein halbes Prozent gerechnet werden.

Nachdem das Fremdpersonal in den heimischen Industriebetrieben im Vorjahr sehr stark reduziert wurde, konnte in den ersten drei Quartalen 2010 wieder um rund ein Drittel mehr Fremdpersonal beschäftigt werden. Trotzdem liegt der Stand des Fremdpersonals mit rund 18.700 Personen nur auf dem Niveau der vergleichbaren Periode 2006.

Zählt man zum Eigenpersonal der heimischen Industrie das Fremdpersonal hinzu so wies der Gesamtbeschäftigtenstand im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2010 eine Zahl von 410.873 Personen aus (- 3,0 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009).

Für das vierte Quartal 2010 wird ein **Gesamtbeschäftigtenstand** von 415.000 Beschäftigten erwartet, der leicht über dem Stand des vierten Quartals 2009 liegen wird.

Österreichs Exporte

In den ersten elf Monaten 2010 machten die **österreichischen Warenlieferungen** (Quelle: Außenhandelsstatistik der Statistik Austria) weltweit 99,9 Milliarden Euro aus. Sie lagen damit um nominell 15,8 % über den Ergebnissen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Einfuhren stiegen im selben Zeitraum ebenfalls um 15,8 % auf 103,4 Milliarden Euro. Die Warenverkehrsbilanz wies ein Passivum von 3,5 Milliarden Euro aus.

Im vorangegangenen Jahr 2009 sind die heimischen Exporte, bedingt durch die internationale Wirtschaftskrise, um ein Fünftel (- 20,2 %) geschrumpft.

Nach **Wirtschaftsblöcken** betrachtet legten die heimischen Exporte im Zeitraum Jänner bis November 2010 besonders nach Amerika (+ 24,7 %) und Asien (+ 18,5 %) zu. In den wichtigsten Exportmarkt, dem EU-Binnenmarkt, in den 70 Prozent der Exporte gehen, stiegen die österreichischen Versendungen um 14,9 % auf über 70 Milliarden Euro. In die EFTA wurde um 16,0 %, nach Rest-Europa um 16,8 % mehr Waren geliefert als im Vorjahr.

In die Bundesrepublik Deutschland, in die nahezu ein Drittel aller Exporte gehen, stiegen die Lieferungen um 17,2 % auf 31,6 Milliarden Euro an. Von den Exporten nach Übersee konnten beispielsweise österreichische Waren im Wert von 4,5 Milliarden Euro in die USA (+ 21,3 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009), von 2,6 Milliarden Euro nach China (+ 41,5 %) beziehungsweise von 0,9 Milliarden Euro nach Japan (+ 31,1 %) verkauft werden.

Konjunktüreinschätzungen der Industriefachverbände

Die jeweils für das kommende Quartal von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ ergeben für das Schlussquartal 2010 eine Verschärfung des Beschäftigtenabbaus sowie eine Besserung der Einschätzungen von Produktion und Auftragslage.

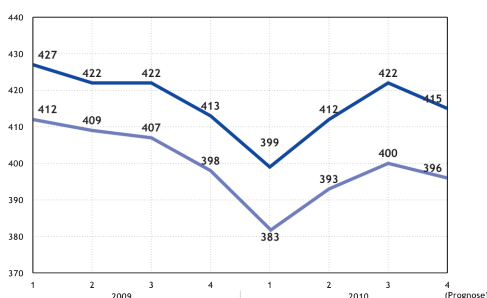
Bei der **Produktion** zeigt der Saldo der erfassten 18 Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ nach + 5 im ersten Quartal, + 10 im zweiten Quartal und + 12 im dritten Quartal 2010 für das Berichtsquartal mit + 8 eine Fortsetzung der Erholung. Während zwei Industriefachverbände Produk-

Österreichs Industrie Beschäftigte - Eigenpersonal
Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Quelle: Statistik Austria

Österreichs Industrie Beschäftigte - Eigenpersonal sowie Gesamtpersonal
Anzahl absolut, in 1.000

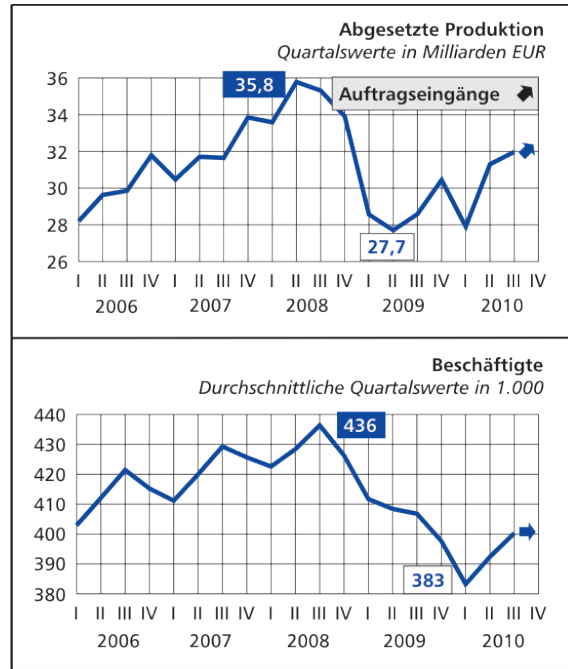


tionseinbußen erwarten, rechnen zehn Branchen mit steigenden Produktionsentwicklungen.

Die Einschätzung der **Auftragseingänge** für das vierte Quartal 2010 fällt bei der Mehrheit der Branchen positiv aus. Zwei Fachverbände erwarten einen Rückgang beziehungsweise sechs Fachverbände eine gleichbleibende Entwicklung. Der Saldo beträgt + 8.

Der Saldo der **Beschäftigten** dreht erstmals seit der Krise mit einem Saldo von + 1 wieder ins Positive. Während sechzig Prozent der Branchen eine gleichbleibende Beschäftigtenentwicklung erwarten, rechnen vier Fachverbände mit einem Beschäftigtenanstieg und drei Fachverbände mit einem weiteren Beschäftigtenrückgang.

Dr. Manfred Engelmann ist Geschäftsführer der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich.



Erläuterung

Abgesetzte Produktion: Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

Beschäftigte: Unselbstständig Beschäftigte (ohne Fremdpersonal)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik;

Sonderauswertung nach Fachverbänden im Auftrag der WKÖ

Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung für das 4. Quartal 2010 beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes.

Der Markt hat nicht immer recht

Von Dr. Wilfried Stadler

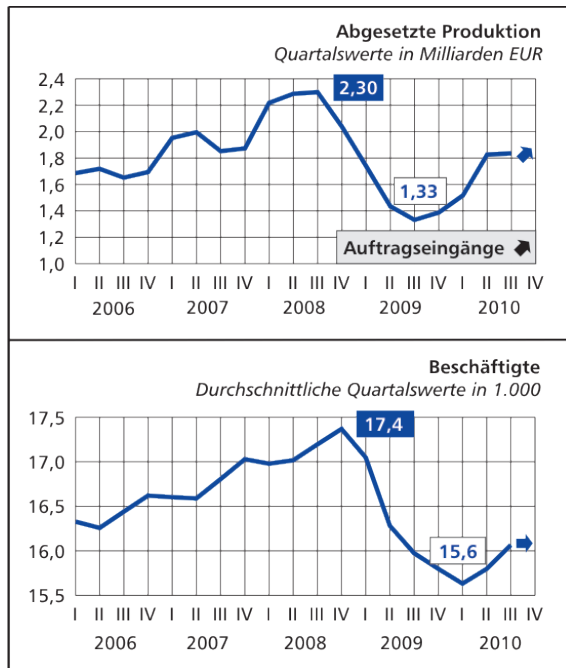
In dem soeben erschienen Buch „Der Markt hat nicht immer recht“ zeigt Dr. Wilfried Stadler - Honorarprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien und Vorsitzender des Vorstands des Industriewissenschaftlichen Instituts IWI -, dass nur fundamental erneuerte Spielregeln vor künftigen Großkrisen schützen können. War doch eine wesentliche Ursache der Krise die unkritische Übernahme der angloamerikanischen Finanzierungskultur durch Europas Banken. Eine dogmatische Gläubigkeit an die Allmacht der Kapitalmärkte herrschte vor - von den Bilanzierungsgrundsätzen bis zu Basel II und der Dominanz der Rating-Agenturen, dazu kam noch eine überhastete Liberalisierung ohne globale Regeln.

Wie lässt sich künftig verhindern, dass spekulative Geschäftsbereiche der Banken zum ständigen Gefahrenherd für Wirtschaft und Gesellschaft werden? Wie kann die Finanzwirtschaft wieder zum Dienstleister der Realwirtschaft werden und wie ist es zu schaffen, dass Wertschöpfung wichtiger wird als Geldschöpfung? In seiner Agenda einer neuen Finanzmarkt-Architektur plädiert Wilfried Stadler beispielsweise für höheres Eigenkapital und limitierten Verschuldungsspielraum von Banken, das Ende der Prozyklizität bei Basel III, die Fokussierung der Banken auf die Realwirtschaft, mehr Transparenz und Kontrolle gegenüber Schattenbanken und die Globalisierung der Richtlinien und Überwachungssysteme.

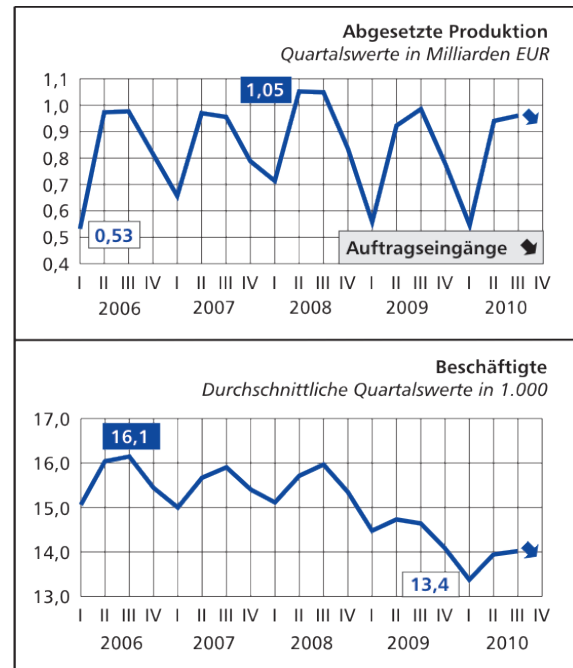


Linde Verlag
1. Auflage 2011
232 Seiten, geb.
ISBN 978-3-7093-0334-4

Bergwerke und Eisen erzeugende Industrie



Stein- und keramische Industrie



Der österreichische **Bergbau** zeigte im vierten Quartal 2010 ein heterogenes Bild. Während die Auftragseingänge und die Produktionsentwicklung in vielen Sektoren, wie beispielsweise dem Magnesit-, Salz- und Grafitbergbau steigend, bei Wolframerz sogar stark steigend waren, lagen der Eisenerz- und der Talkbergbau auf unverändertem Niveau gegenüber dem Vorjahresquartal.

Die Exporte waren insgesamt leicht steigend und die Preisentwicklung war relativ stabil. Die Investitionstätigkeit gestaltete sich sehr zurückhaltend. Die steigende Kostenbelastung - insbesondere durch den Energiebereich - unterstreicht die Forderung der Branche nach verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es erfolgte eine vorsichtige Aufstockung der Beschäftigten.

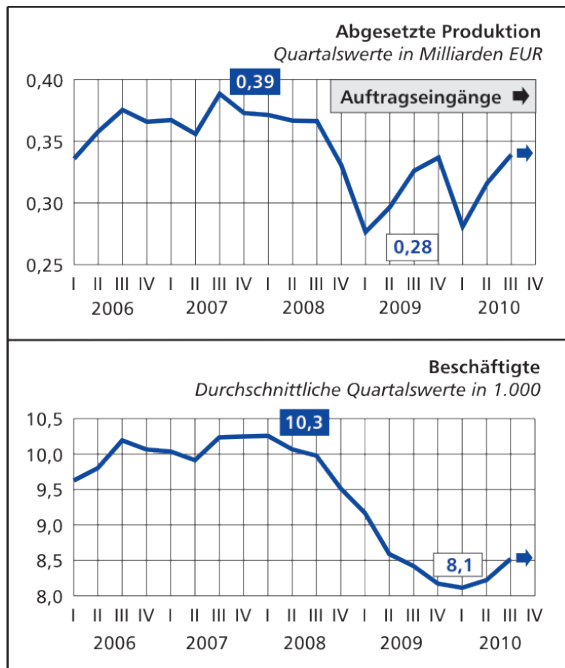
Die österreichische **Stahlindustrie** verzeichnete im vierten Quartal 2010 nur leichte Zuwachsraten. Der auf nationaler und internationaler Ebene herrschende Konkurrenzdruck ließ lediglich die Realisierung mäßiger Preiserhöhungen zu. Bei Qualitätsstahl waren sowohl der Auftragseingang als auch die Produktion von Lang- und Flachprodukten nur leicht steigend. Edelstahl wies hingegen bei der Rohstahlproduktion und bei den nachgelagerten Segmenten deutliche Zuwachsraten aus, wobei der Hauptanteil auf den Export entfiel.

Die Branche hat mit einem deutlichen Beschränken der Investitionen auf die labile Lage auf den Finanzmärkten reagiert. Dies wirkt sich auf die Beschäftigtenzahlen aus, die auf dem Niveau des Vorquartals verharrten.

Die **Auftragslage** in der Stein- und keramischen Industrie ist durchwachsen: Rückgänge bei den öffentlichen Aufträgen haben sich quer durch alle Baustoffsparten ausgewirkt, bei einigen Sparten konnten diese Rückgänge durch die Nachfrage privater Investoren abgefedert werden. Die schwache Auftragslage, verbunden mit einem frühen Wintereinbruch und niedrigen Temperaturen, haben im vierten Quartal 2010 bei Zement und Transportbeton zu Einbrüchen bei der **Produktion** um bis zu einem Viertel gegenüber dem Vorjahr geführt. Von Rückgängen betroffen waren auch die Bereiche Sand-Kies und Schotter. Lokal stark unterschiedlich war die Lage in der Beton- und -fertigteilindustrie, die insgesamt aber etwas besser abschnitt. Ein leichter Aufwärtstrend war bei Ziegel und Putze-Mörtel zu verzeichnen. Von der positiven Entwicklung der internationalen Konjunktur profitierten die **exportorientierten** Sparten Feuerfest und Schleifmittel, die ihren Absatz deutlich steigern konnten.

Preiserhöhungen bei Treibstoffen, Energie und einer Reihe von Rohstoffen schlugen sich bei den **Kosten** zu Buche. Die unsichere Auftragslage wirkt sich insgesamt ungünstig auf die **Investitions**bereitschaft aus, die **Beschäftigung** ist rückläufig. Maßnahmen zur Stärkung der Baukonjunktur sind im Hinblick auf die Multiplikator-Wirkung des Baus für alle vor- und nachgelagerten Branchen höchst sinnvoll. Der Fachverband Steine-Keramik begrüßt daher die Fortsetzung der Bundes-Förderaktion „Sanierscheck“ bis 2014 als einen wichtigen Impuls für den gesamten Baubereich.

Glasindustrie

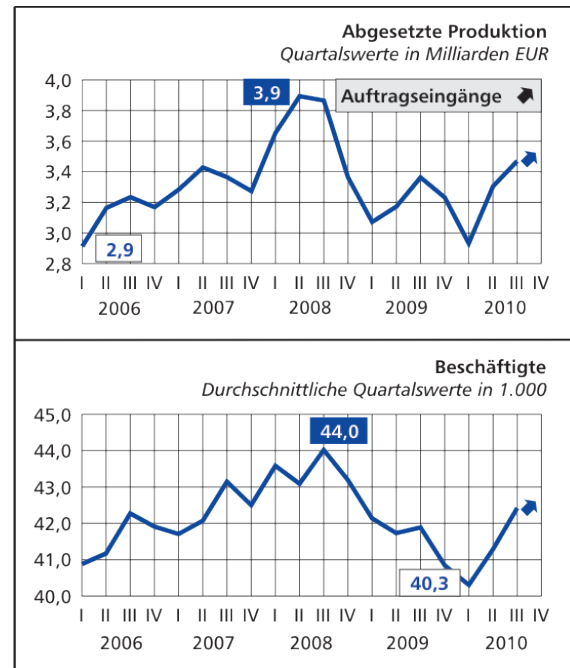


In der **Fenstererzeugung** - und damit verbunden der Isolierglasherstellung - war eine insgesamt leicht positive Entwicklung zu beobachten. Die Investitionstätigkeit im Privatbereich führte zu einer anhaltend guten Nachfragesituation bei stabilem Preisniveau. Die Investitionen im Großprojektbau und im architektonischen Hochbau leiden dagegen nach wie vor unter der weltweiten Zurückhaltung, zudem sind Großprojekte von einer verschärften internationalen Konkurrenzsituation geprägt. Dies führt unverändert zu Problemen für sämtliche Glasveredelnden Betriebe und Glas-Fassadenhersteller. Wesentliche Exportmärkte haben sich nach wie vor nicht erholt. Bei vielen Rohstoffen gibt es Preissteigerungen, welche die Margen drücken.

Im **Domestic-Glas** Bereich ist eine Stagnation eingetreten, wobei man hofft, den Abwärtstrend gestoppt zu haben. Zu einer nachhaltig positiven Trendumkehr konnte jedoch auch das Weihnachtsgeschäft nicht beitragen. Auf den kommenden Konsumgütermessen wird man sehen, wie sich das Konsumentenverhalten in den nächsten Quartalen entwickelt. Man hofft, dass nun endlich auch die breite Masse wieder bereit ist, in den Luxussektor „gedeckter Tisch“ zu investieren.

Der Absatz an **Glasverpackungen** lag insgesamt über der Vorjahresperiode, wobei in fast allen Segmenten Zuwächse zu verzeichnen waren. Besonders stark entwickelte sich der Bereich Bier und alkoholfreie Getränke. Aufgrund der kleineren Erntemenge mussten jedoch Rückgänge im Absatz von Weinflaschen verzeichnet werden.

Chemische Industrie

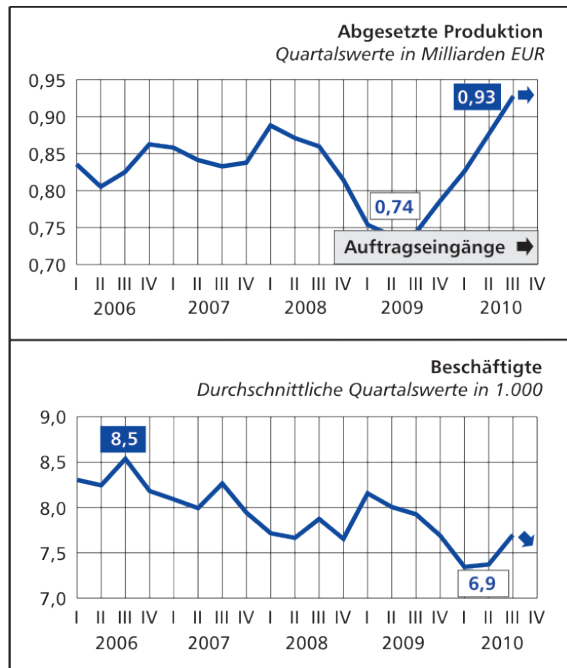


Die chemische Industrie befindet sich weiterhin auf Erholungskurs. Getragen vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung waren die **Zuwachsraten 2010** nach dem Tief von 2009 mehr als beachtlich. Die Chemie wird damit wieder in die Nähe des Ergebnisses des Rekordjahres 2008 kommen, dieses aber nicht erreichen. Fast alle Branchen können Zuwächse verzeichnen, vornehmlich jene, die in der Krise die größten Rückschläge hinnehmen mussten. Darunter fallen unter anderem organische und anorganische Chemikalien, Agrochemikalien, Kunststoffe und technische Kunststoffwaren. Die Nachfrage kommt vor allem aus dem Ausland. Österreichische Chemieprodukte erzielten zweistellige **Exportzuwächse** sowohl in Westeuropa wie auch in den Mittelosteuropäischen Ländern. Die höchsten Steigerungen waren aber nach China und Brasilien zu verzeichnen.

Der Aufschwung spiegelt sich auch im **Mitarbeiterstand** wieder. Die chemische Industrie stellte rund 1.200 Beschäftigte im Jahresvergleich zusätzlich ein und liegt derzeit bei über 42.000 Mitarbeitern. Die negative Seite der Konjunkturerholung sind steigende Rohstoffpreise und Verknappungen bei der Versorgung mit Vormaterialien. Besonders die Kunststoffverarbeitung hat darunter zu leiden.

Das steilste Stück des Konjunkturanstiegs hat die Chemie wohl schon hinter sich gelassen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2010 ließ die wirtschaftliche Dynamik spürbar nach. Mit einem zweistelligen Umsatzplus in 2010 ist aber zu rechnen. Die Wachstumsraten werden in Zukunft aber wieder moderater sein.

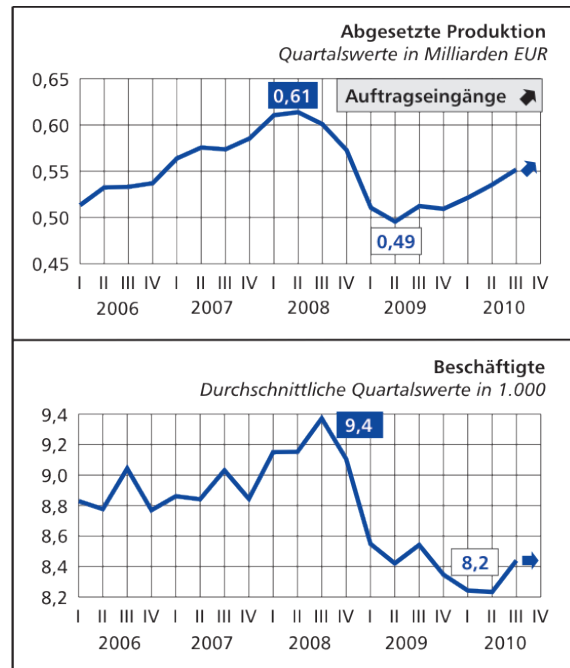
Papierindustrie



Die **Produktion** von Papier und Pappe lag 2010 fast zehn Prozent über dem Vorjahr, wobei das vierte Quartal gegenüber dem dritten stark abgefallen ist. Somit lag das Jahr immer noch vier Prozent unter der Menge für 2008. Die **Auftragslage** ist in einigen Sortengruppen noch unbefriedigend, eine Nachwirkung der tiefen Wirtschaftskrise. Nachdem der Grafische Bereich länger schwach war, hat die einsetzende Erholung diesen und auch den Verpackungsbereich gleichermaßen wachsen lassen. Bei den Lieferungen entwickelten sich die Hauptmärkte in der EU zuletzt besser, sodass die **Exportquote** auf 85,2 Prozent stieg. Die Produktion der Zellstofffabriken stieg um fast elf Prozent; ihre Holzversorgung war - dank vermehrter Importe - zuletzt besser, sodass Lager wieder aufgebaut werden konnten. Die Altpapierquote lag bei knapp 50 Prozent.

Die **Durchschnittserlöse** für Papier stiegen seit Jahresbeginn bis zum Herbst langsam, haben aber noch kein zufrieden stellendes Niveau erreicht, zumal sich Energie sowie die wichtigsten Rohstoffe stark verteuert haben. Bei Zellstoff zum Beispiel haben die Preise für die Referenzsorte NBSK seit Jahresbeginn 2009 bis zum vierten Quartal 2010 von 575 auf 950 Dollar/Tonne zugelegt. Die Branche kämpft weiterhin mit hohen Produktionskosten, zusätzlich drohen drastischen Tarifierhöhungen für Bahntransporte. Die **Investitionen** gehen seit 2003 jährlich zurück, nach dem dramatischen Tiefstand 2009 gab es auch 2010 nur an wenigen Standorten Umbauten von Anlagen und Maschinen sowie neue Energieerzeugungsanlagen.

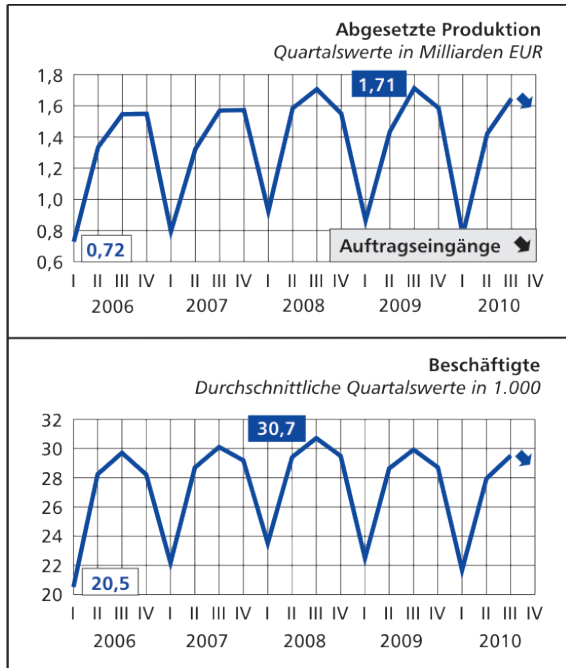
Papierverarbeitende Industrie



Die **Auftragslage** in der Papierverarbeitenden Industrie ist innerhalb der Branche uneinheitlich und von kürzeren Auftragsfristen geprägt. Insgesamt kann man von einem Wiederaufleben der Konjunktur auf niedrigstem Niveau sprechen. Das mengenmäßige **Produktion**wachstum lag im vierten Quartal 2010 bei 6,7 Prozent (Gesamtjahr: + 5,7 Prozent), das wertmäßige Wachstum lag im vierten Quartal bei 10,4 Prozent (Gesamtjahr: + 6,4 Prozent). Der **Export** konnte im vierten Quartal 2010 um 5,4 Prozent mengenmäßig und 6,3 Prozent wertmäßig gesteigert werden (Gesamtjahr + 6,2 bzw. + 8,6 Prozent), wobei auf den Exportmärkten aufgrund der europaweiten Überkapazitäten ein starker Preisdruck zu verzeichnen war.

Die aufgrund des verschärften Wettbewerbs unzureichende Entwicklung der Verkaufs**preise** wurde durch die parallelen **Kosten**steigerungen im Rohmaterialbereich zu einer großen Herausforderung für die Unternehmen. Problematisch sind auch die derzeit mitunter extrem langen Lieferfristen bei Rohmaterialien. Die Frühjahrslohnrunde wird für die Papierverarbeitende Industrie eine zusätzliche Verschärfung des Kostendrucks mit sich bringen. Die Branche hofft in den nächsten Monaten auf eine Umsetzung von Preiserhöhungen, die zu einer adäquaten Weitergabe der Kostensteigerungen führen. Generell wird die Entwicklung im ersten Quartal 2011 von den Unternehmen vorsichtiger eingeschätzt als zuletzt. Der **Beschäftigten**stand hat sich 2010 geringfügig vermindert, das **Investitionsklima** in der Branche ist unverändert.

Bauindustrie

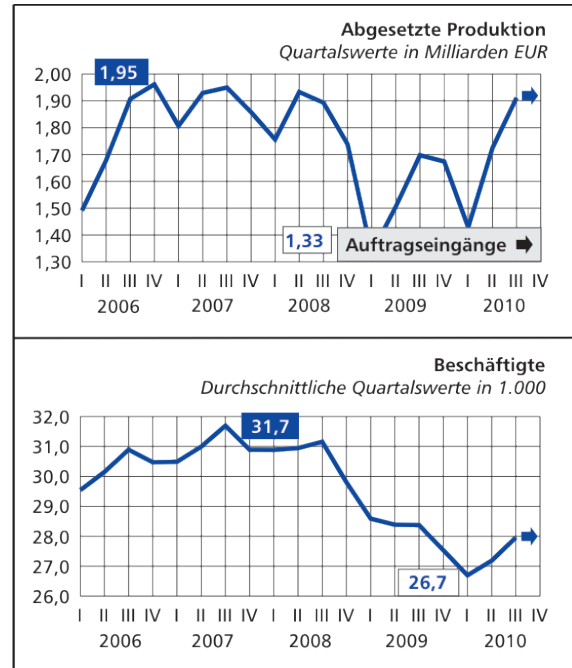


Im vierten Quartal 2010 hat sich die **Auftragslage** der Bauwirtschaft weiterhin nicht gebessert. Wie auch in den Vorperioden leidet insbesondere der Infrastrukturbereich an den budgetären Engpässen der öffentlichen Auftraggeber. Verschärfte Finanzierungsbedingungen schränken auch die Investitionsbereitschaft im privaten Hochbau spürbar ein. Sowohl die Nachfrage nach **Bauinvestitionen** als auch die **Wertschöpfung** der Bauwirtschaft waren, laut WIFO-Quartalerhebung, im vierten Quartal 2010 neuerlich rückläufig. Zu Beginn des vierten Quartals produzierten die Unternehmen im Hochbau um 1,7 Prozent und im Tiefbau um etwa 15 Prozent weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Für 2011 wird ein Zuwachs der Bauproduktion erwartet, aber nur in geringfügigem Ausmaß.

Die Zahl der **Beschäftigten** im Hoch- und Tiefbau (Baugewerbe und Industrie) sank im vierten Quartal 2010 insgesamt wieder geringfügig. Die Unternehmen des Baugewerbes beschäftigten im November um etwa 0,2 Prozent weniger, die Bauindustrie um fast drei Prozent weniger gewerbliche Arbeitnehmer als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Arbeitslosenzahlen im Hoch- und Tiefbau sanken im vierten Quartal 2010 dennoch um mehr 2,7 Prozent.

Während die **Baupreise** im vierten Quartal 2010 nur um 0,7 Prozent stiegen, waren die Unternehmen mit **Kosten**zuwächsen von etwa 4,5 Prozentpunkten konfrontiert. Kostenerhöhend waren laut Statistik Austria abermals die steigenden Rohstoffkosten, beispielsweise für Stahl und Öl.

Holzindustrie



Während der Bausektor in Teilbereichen rückläufig ist, weisen alle anderen Branchen der Holzindustrie leichte **Auftrags**zuwächse auf. Wo der Privatkonsum Impulse setzt, ist die Auftragslage sogar überdurchschnittlich gut, unter anderem im Wohnbereich. Die **Produktion** dürfte überwiegend steigen, allerdings ist der Schwung, der noch in den Sommermonaten des Jahres 2010 zu einer guten Stimmung geführt hat, wieder abgeflaut. Speziell im Baubereich gibt es Branchen, die bereits über rückläufige Produktionszahlen klagen. Der **Export** ist in der aktuellen Konjunkturlage einmal mehr Stütze der Holzindustrie.

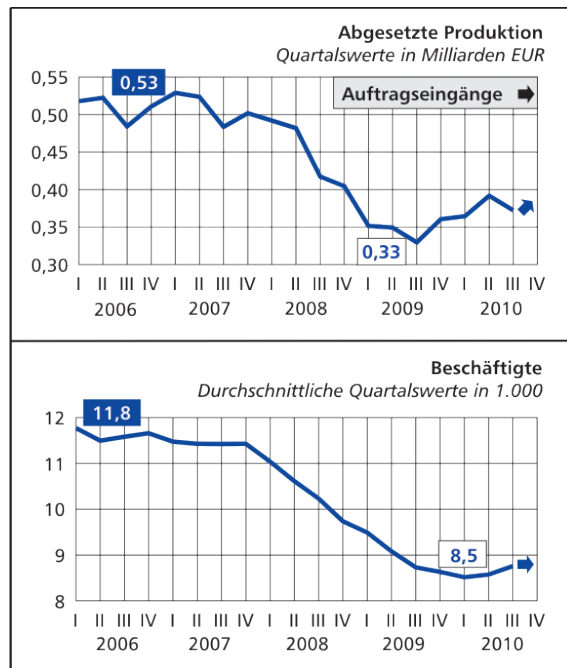
Dringend notwendige **Preis**steigerungen sind derzeit nicht durchsetzbar, gleichzeitig drücken steigende **Kosten** für Vormaterialien stark auf die Ertragslage. Vor allem die Rundholzpreise haben aufgrund einer Verknappung des Angebots stark angezogen.

Das gegenwärtige Konjunkturklima ist noch nicht dazu angetan, das **Investitionsklima** nachhaltig positiv zu beeinflussen. Die **Beschäftigungslage** ist konstant, die Stammebelegschaften in der Holzindustrie weisen traditionell nur geringe Veränderungen auf.

Ein primäres strategisches Thema für die Holzindustrie ist die Steigerung des Inlandsangebotes durch Holz-mobilisierungskampagnen im Kleinwald.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Berufsgruppe Textil

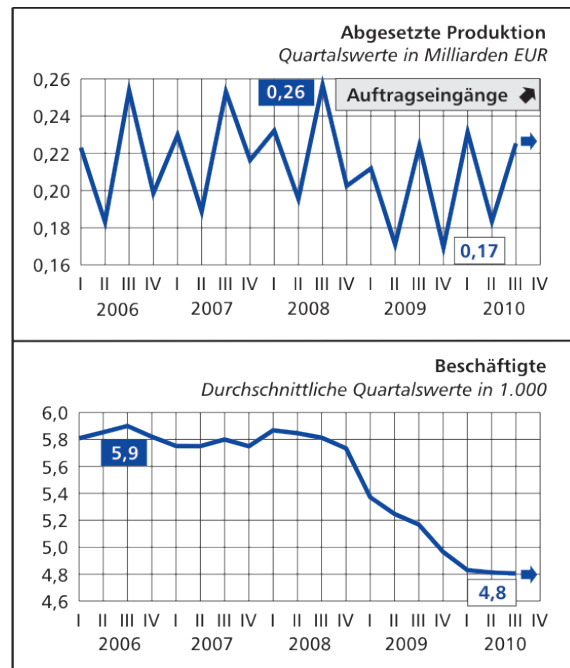


Die Textilindustrie profitiert von einer deutlichen Erholung der Nachfrage. Die Lager der Kunden wurden wieder aufgefüllt. Die Auslastung der **Produktion** ist gut. Die **Exporte** stiegen im dritten Quartal 2010 um 8,6 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro. Im Detail wurden folgende prozentuelle Veränderungen im Export verzeichnet: EU +6,7; EFTA +9,9; übriges Europa +20,7; Asien +12,3; Afrika +21,4; und Amerika +12,9. Die Importe verzeichneten ein Plus von 7,2 Prozent und hatten einen Wert von 2,1 Milliarden Euro.

Für den Konjunkturtest des WIFO vom Jänner 2011 gaben 60 Prozent der befragten Firmen an, dass die Auftragsbestände üblich sind. 63,3 Prozent der befragten Firmen meinen, dass die Produktion in den letzten drei bis vier Monaten gleich geblieben ist. 53,3 Prozent der Firmen gehen davon aus, dass die Verkaufspreise in den nächsten drei bis vier Monaten steigen werden.

Probleme bereiten der Textilindustrie die stark gestiegenen **Rohstoffpreise**, insbesondere bei Baumwolle. Die Notierungen für Rohbaumwolle haben historische Rekordniveaus erreicht. Aber auch andere Fasern sind im Preis deutlich gestiegen, wenngleich auch in mit der Baumwolle nicht vergleichbarem Ausmaß. Die Preiserhöhungen im notwendigen Ausmaß an die Kunden weiterzugeben ist schwierig, trotzdem ist ein höheres Preisniveau unumgänglich.

Berufsgruppe Bekleidung



In der Verkaufssaison Mitte 2010 zeichnete sich bereits ein positiver Aufwärtstrend bei den getätigten Orders für die Frühjahr- und Sommerkollektionen 2011 ab. Für die angelaufene Ordersaison Herbst/Winter 2011/12 wird die Fortsetzung dieses Trends erwartet.

Die **Auftragseingänge** der Bekleidungsindustrie haben sich im Zeitraum Jänner bis September 2010 um 11,1 Prozent, die abgesetzte **Produktion** um 6 Prozent erhöht. In diesem Zeitraum sind die **Exporte** um 1,6 Prozent und die Importe um 4,1 Prozent angestiegen.

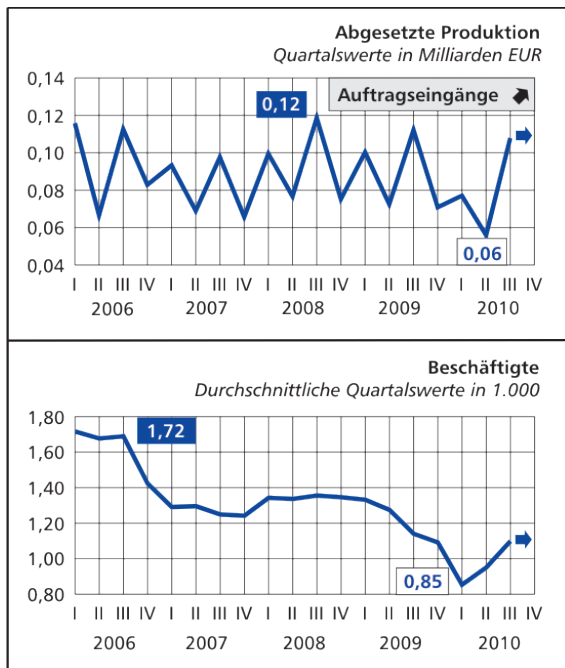
Die Hersteller von Berufsbekleidung erwarten im Laufe des Jahres 2011, gestärkt durch die Zunahme von Produktion und Umsatz im Jahr 2010, das Niveau des Jahres 2008 wieder zu erreichen.

Das historische Hoch des Baumwollpreises sowie der **Preisanstieg** anderer Rohmaterialien wirkten sich bereits seit Mitte 2010 schmälern auf die Ertragslage aus. Preiserhöhungen werden nicht mehr zu vermeiden sein.

Der **Beschäftigtenstand** hat sich im Inland als Folge der in der Wirtschaftskrise 2009 eingeleiteten Redimensionierungsmaßnahmen um 8,5 Prozent verringert.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Berufsgruppe Schuh/Lederwaren



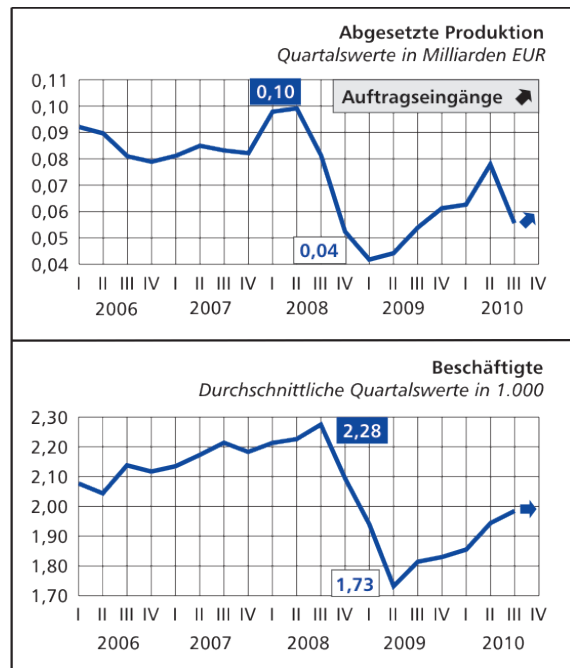
Die Betriebe der Schuh- und Lederwarenindustrie meldeten gegenüber dem Vorjahresquartal eine gleichbleibende **Produktion**, da Steigerungen vorwiegend im Ausland stattfinden. Die **Auftragslage** wird als sehr gut bewertet. Die Erwartungshaltung für 2010 ist insgesamt optimistisch. Die **Exportentwicklung** ist leicht steigend, die Exportquote beträgt damit über 90 Prozent.

Steigende Kosten für Rohstoffe (vor allem Leder) und steigende Logistikkosten betreffen die Schuh- und Lederwarenindustrie ebenso wie Veränderungen in den Dollar-/Eurokursrelationen. Die Verkaufs**preise** sind - abhängig von Kollektion und Materialeinsatz - im Wesentlichen steigend. Im Basisbereich wird versucht die Preiserhöhung so niedrig wie möglich zu halten. Die **Kosten**situation wird als leicht angespannt beschrieben.

Das **Investitionsklima** ist leicht optimistisch und betrifft im Inland vorwiegend Produktentwicklung, Design und Logistik sowie den Ausbau neuer Vertriebswege (wie beispielsweise Markenstores). Die **Beschäftigten**zahlen sind im Inland insgesamt als gleichbleibend anzusehen.

Die strategische Ausrichtung konzentriert sich vorwiegend auf Markenpositionierung, Erschließung neuer Absatz- und Vertriebswege und den Ausbau bestehender Exportmärkte.

Berufsgruppe Ledererzeugung



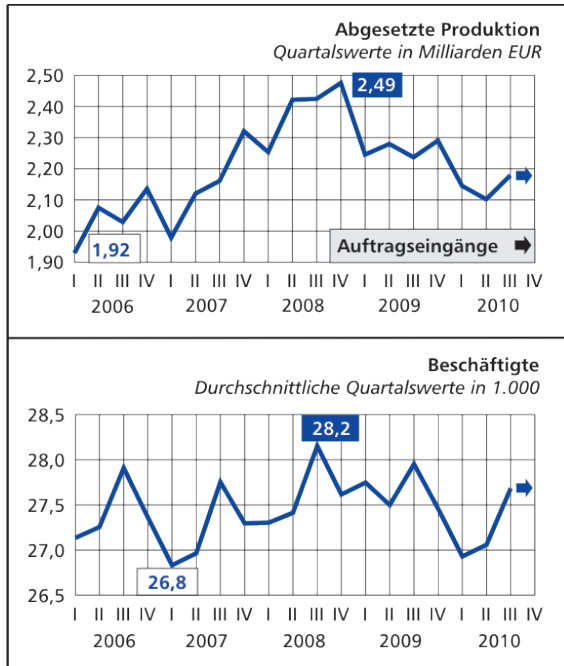
Sowohl **Auftragslage** als auch **Produktion** verzeichnen einen spürbaren Anstieg von rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum. Nach wie vor besteht eine hohe Exportintensität, mit einer **Exportquote** von über 90 Prozent.

Die **Preise** zeigen im Berichtszeitraum fallende Tendenz. Die **Kosten**- und Ertragslage wird daher weiterhin als angespannt bezeichnet.

Investitionen betrafen vorwiegend notwendige Ersatzinvestitionen im Umweltbereich, aber auch Forschung und Entwicklung. Die **Beschäftigten**zahlen weisen im Berichtszeitraum geringe Veränderungen auf. Eine sichere Prognose ist derzeit nicht möglich.

Die strategische Ausrichtung liegt nach wie vor in der Ergreifung aller möglichen Maßnahmen, wie beispielsweise flexibler Arbeitszeitmodelle, um die Planungsunsicherheiten auszugleichen und die heimischen Standorte weitgehend abzusichern.

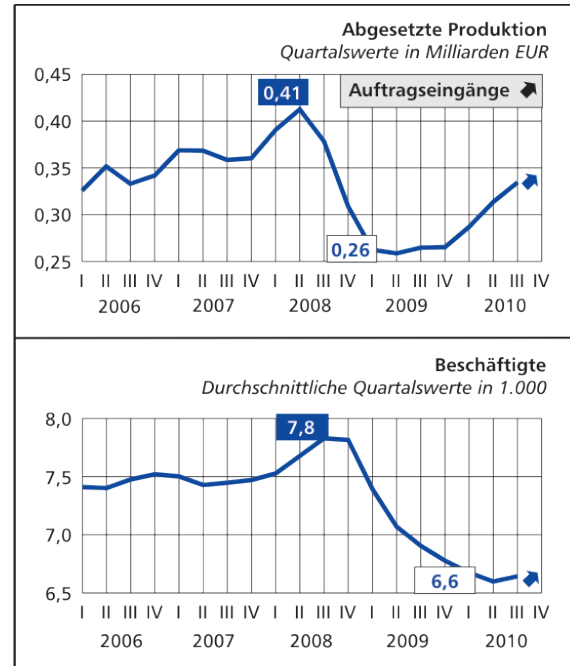
Nahrungs- und Genussmittelindustrie



Im vierten Quartal 2010 machten sich hinsichtlich **Auftragslage** und **Produktion** bei vielen Unternehmen der österreichischen Lebensmittelindustrie der intensive Kampf um Marktanteile im österreichischen Lebensmittel Einzelhandel sowie die hohen Rohwarenpreise weiterhin bemerkbar. Die österreichische Lebensmittelindustrie wird das Jahr 2010 mit einem prognostizierten Branchenumsatz in Höhe von 6,93 Milliarden Euro abschließen, ein Rückgang zum Jahr 2009 um rund fünf Prozent. Die Entwicklung der verschiedenen Lebensmittel- und Getränkebranchen ist allerdings sehr unterschiedlich und wird sehr stark durch die jeweilige Rohstoff- und Exportabhängigkeit geprägt. Der Wettbewerbsdruck ist auf den Auslandsmärkten weiterhin deutlich zu spüren, dennoch bleibt der **Export** die zentrale Hoffnung für eine positive Entwicklung der österreichischen Lebensmittelindustrie. Die gute Exportentwicklung in den ersten drei Quartalen 2010 sollte sich auch im letzten Quartal fortsetzen.

Ungünstige Witterungsverhältnisse haben 2010 zu Mengen- und Qualitätseinbußen bei vielen für die Weiterverarbeitung wichtigen Rohwaren und damit zu spürbaren Preissteigerungen geführt. Die Verteuerungen bei Energie und Transportkosten erhöhen den **Kosten**druck zusätzlich. Eine Weitergabe dieser Kostensteigerungen konnte bisher nicht beziehungsweise nicht im geforderten Ausmaß an den Lebensmittel Einzelhandel erfolgen. Der aktuelle Preiskampf und die Dominanz der Eigenmarken im Billigsegment blockieren notwendige **Preis**anpassungen.

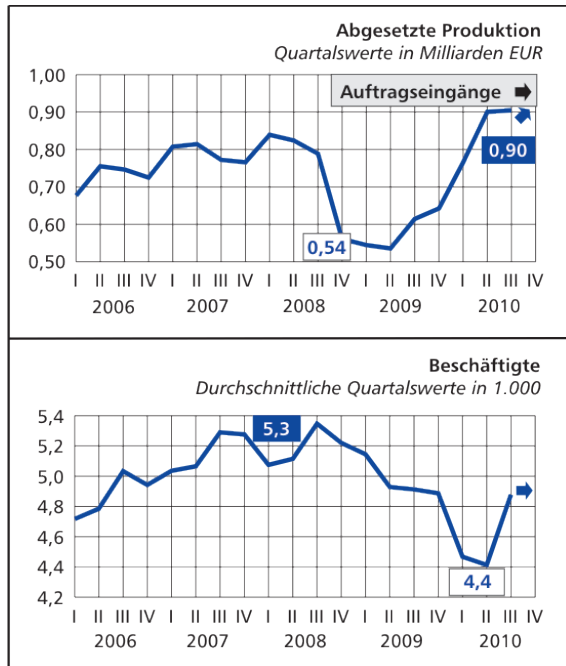
Gießereiindustrie



Die Zulieferungen der Gießereiindustrie in die **Automobilindustrie** liegen weiterhin auf hohem Niveau. Die Branche ist in diesem Bereich gut ausgelastet. Dies hat zu einer Wiederaufnahme der Investitionstätigkeit und zur Wiedereinstellung von Mitarbeitern geführt. Aufgrund der Insolvenz einer großen Mitgliedsfirma im Bereich der Zulieferungen im LKW Bereich zeigt sich für die gesamte Branche ein Rückgang der Beschäftigtenzahl, wobei gleichzeitig in den einzelnen Mitgliedsfirmen individuell die Beschäftigtenzahl zunimmt.

Für den Bereich der Lieferungen im **Maschinenbau und Energiewirtschaft** gibt es auch positive Anzeichen, wobei sich speziell die Energiewirtschaft noch sehr verhalten entwickelt aber grundsätzlich positive Tendenzen aufweist. Gesamt gesehen ist eine positive Entwicklung festzustellen und wird auch für die nächsten Monate erwartet. Eine langfristige Prognose kann nicht gegeben werden. Die Investitionstätigkeiten werden nach einem absoluten Minimum im letzten Jahr wieder aufgenommen.

NE-Metallindustrie

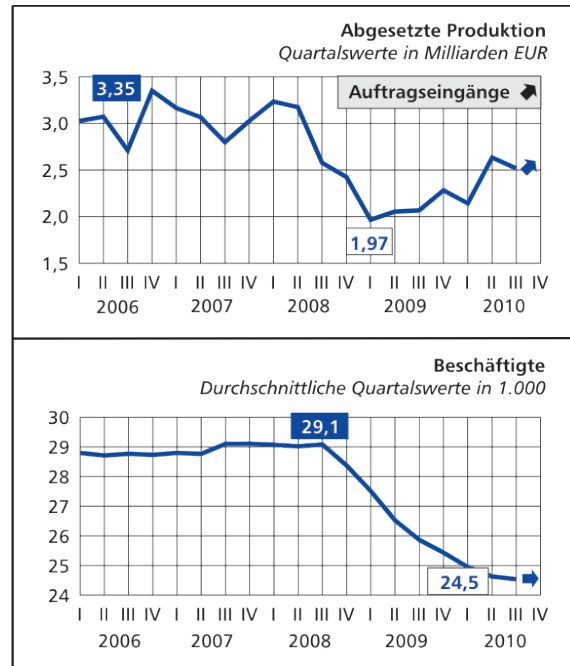


Im vierten Quartal 2010 setzte sich die positive Entwicklung der österreichischen NE-Metallindustrie weiter fort, wobei die gute Exportentwicklung dazu wesentlich beigetragen hat. Die Rohstoffpreise stiegen kontinuierlich, die London Metal Exchange verzeichnete bei Kupfer zu Jahresende einen Höchstwert, der rund 20 Prozent höher lag als jener zum Ende des dritten Quartals. Dadurch erfolgte auch eine weitere Aufwärtsbewegung der Marktpreise.

Die **Kupfer**industrie profitierte von der steigenden Nachfrage. Kupferelektroden, Elektrolysekupfer und Kupferhalbfabrikate konnten weiter zulegen. Bei Kupferrohren stagnierte die Nachfrage auch in diesem Quartal wegen fehlender Impulse aus der Baubranche. Die österreichische **Aluminium**industrie verzeichnete bei den Auftragseingängen leichte Einbrüche, sowohl bei Walz- als auch Extruderprodukten. Die Produktion erreichte das Niveau des Vorjahresquartals. Ursache für diese Entwicklung war die unsichere Entwicklung auf den Finanzmärkten und die damit verbundene Zurücknahme der Investitionen. Bei **Wolfram**produkten war sowohl bei Auftragseingang als auch Produktion eine deutliche Steigerung zu bemerken. Diese ergab sich aus der relativ schlechten Entwicklung des Vorjahresquartals und ist daher entsprechend zu relativieren. Der Aufschwung war durch die starke Exportnachfrage getrieben.

Auch im laufenden Quartal wurden die **Investitionen** drastisch zurückgenommen. Die **Beschäftigten**zahlen waren gegenüber dem Vorjahresquartal unverändert.

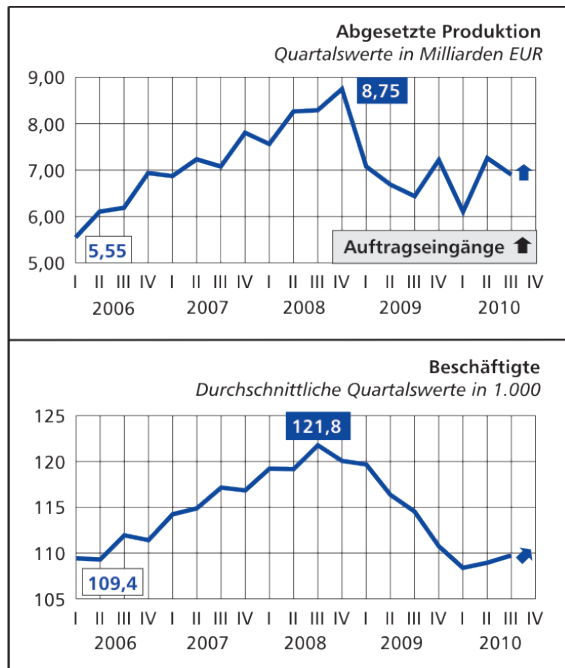
Fahrzeugindustrie



Die österreichische Fahrzeugindustrie konnte im vierten Quartal deutliche Zuwächse beim **Produktionsvolumen** erzielen, mehr als die Hälfte aller Unternehmen erreichten zweistellige Zuwachsraten. Der Fachverband der Fahrzeugindustrie schätzt für 2010 die Höhe des Produktionsvolumens auf etwas mehr als 10,0 Milliarden Euro (+ 18 Prozent), was dem Niveau des Jahres 2003 entspricht. Allerdings profitieren einige Unternehmen von diesem Aufschwung nicht, insbesondere aus dem landwirtschaftlichen Sektor sowie dem Bereich Aufbauten. Rund ein Drittel aller **Auftragseingänge** entwickelt sich nicht analog dem Produktionsvolumen: Unternehmen mit rückläufigen Auftragseingängen verzeichnen überdurchschnittlichen Produktionszuwächsen - und umgekehrt. In Summe jedoch steigen die Auftragseingänge (+ 15 Prozent). Somit sind Produktionssteigerungen auch in nächster Zeit zu erwarten und rund die Hälfte aller Unternehmen tätigen verstärkt Investitionen (Investitionen + 5 Prozent).

Vermeehrt werden **Preissteigerungen**, wie beispielsweise beim Stahlpreis, und Engpässe beim Zuliefermaterial infolge der gestiegenen Nachfrage gemeldet. Bedingt durch den Wettbewerb sind entsprechende Produktpreisadjustierungen nicht immer möglich, somit müssen Kosten konsequent reduziert werden. Die Zahl der **Beschäftigten** (Eigen- und Fremdpersonal) stieg 2010 um rund fünf Prozent. Insbesondere die Sparte „Motoren und Getriebe“ wächst überdurchschnittlich, jedoch besteht für rund ein Fünftel der Unternehmen noch ein Anpassungsbedarf bei den Beschäftigtenzahlen.

Maschinen- und Metallwaren Industrie

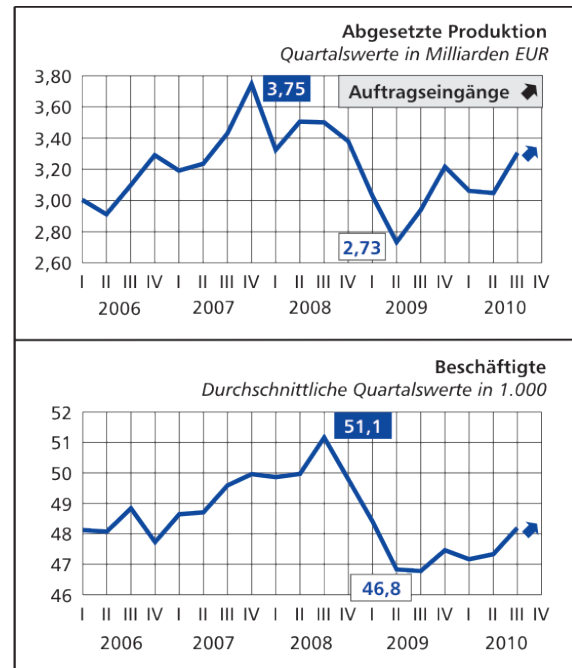


Die **Produktion** der Maschinen- und Metallwarenindustrie ist im vierten Quartal 2010 im Jahresvergleich weiter angewachsen, das Wachstum hat sich aber im Monatsvergleich deutlich verlangsamt. Der Anstieg reicht noch nicht aus um den Rückgang aus dem Vorjahr zu kompensieren. Die **Auftragsbestände** werden in Summe als „normal“ bezeichnet, im Jahresvergleich sind sie deutlich angestiegen, besonders im Maschinenbau. In den letzten Monaten hat sich dieser Aufwärtstrend etwas abgeflacht. In den nächsten Monaten ist folglich weder ein steiler Aufschwung noch ein Rückgang zu erwarten. Auf Grund der unterschiedlichen Lage im Konjunkturzyklus entwickeln sich die einzelnen Sektoren momentan sehr unterschiedlich, es können keine homogen zutreffenden Aussagen für alle Branchen gemacht werden. Die Befüllung der Fertigwarenlager ist in den letzten Monaten wieder leicht angestiegen, dies könnte ein erster leiser Hinweis auf zurückgehende Nachfrage sein.

Im Jahresvergleich hat der **Beschäftigtenstand** im vierten Quartal 2010 wieder ins Plus gedreht, die Branche plant auch weiterhin den Beschäftigtenstand aufzustocken. Das generelle **Investitionsklima** wird als eher lau beschrieben, nach wie vor fehlt das Vertrauen in eine langfristige gesamtwirtschaftliche Erholung.

Die **Preissteigerungen** auf den Rohstoffmärkten wirken sich deutlich auf die Inputpreise der Metallverarbeiter aus. Auch in den nächsten Monaten ist nicht mit einer Umkehrung dieses Trends zu rechnen, die Metallproduzenten erwarten deutlich steigende Preise.

Elektro- und Elektronikindustrie



Der Produktionswert der Elektro- und Elektronikindustrie ist im vierten Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum kräftig gewachsen. Fast alle Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie konnten ihre **Produktion** kräftig steigern. Die derzeitige **Auftragslage** ist insgesamt gut, wobei die Wachstumsimpulse vorwiegend vom Auslandsmarkt kommen. Die Auftragsbestände sind im vierten Quartal 2010 gestiegen, die Auftragsvolumina haben in vielen Bereichen der Elektro- und Elektronikindustrie schon wieder das Niveau vor der Wirtschaftskrise erreicht. Die Hersteller von elektronischen Bauelementen verzeichneten ein besonders dynamisches Wachstum. Durch Ausweitung der Nachfrage und steigende Investitionen konnten die **Exporte** im vierten Quartal 2010 weiter zulegen. Die Entwicklung auf den Exportmärkten war durchwegs positiv, am stärksten gewachsen sind die Ausfuhren in den EU-Raum.

Verhalten positiv hat sich die Zahl der **Beschäftigten** in der Elektro- und Elektronikindustrie entwickelt. Die bereits seit Anfang des Jahres 2010 stetig leicht wachsenden Beschäftigtenzahlen sind ab Jahresmitte 2010 wieder stärker angestiegen. Das von den Firmen eingesetzte Fremdpersonal hat im Zuge der hohen Kapazitätsauslastung weitaus stärker zugenommen.

Durch die derzeit positive Entwicklung der internationalen Konjunktursituation und Konsolidierung der Weltwirtschaft rechnet die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie mit einem weiteren Wachstum in den Folgequartalen.

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900 DW 3417

Telefax: 05 90 900 DW 273

Internet: <http://wko.at/industrie>

E-Mail: bsi@wko.at

Dr. Manfred Engelmann

(DW 3422)

Spartengeschäftsführung, Strategieentwicklung, Koordination der Interessenvertretung Industrie, Industriepolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Grundsätzliche Fragen der Arbeitgeber- und Kollektivvertragspolitik
Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen
Betreuung: KV-Gemeinschaft Eisen/Metall



Mag. Andreas Mörk

(DW 3436)

Arbeitgeberpolitik, Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen, Kollektivvertragspolitik, Arbeitsrecht der Industrie, Arbeitsverfassung, Arbeitsvertrags-, Arbeitszeit- und Urlaubsrecht

KV-Betreuung: Chemie, Glas, Papier, FEEL, KV-Gemeinschaft Eisen/Metall



Dr. Christoph Kainz

(DW 3415)

Arbeitsmarkt, Behindertenrecht, ArbeitnehmerInnenschutz, Gleichbehandlung, Ausländerrecht, KV-Betreuung: Bekleidung, Leder



Mag. Harald Stelzer

(DW 3443)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, KV-Betreuung: Bau, Holz, Stein/Keramik, Mineralöl, Film, Textil



Dr. Reinhard Drössler

(DW 3429)

Arbeitsrecht der Industrie, Sozialversicherung, Inländischer Arbeitsmarkt, KV-Betreuung: Nahrungs- und Genussmittel, PPV, KV-Gemeinschaft Eisen/Metall



Ing. Johann Markl

(DW 3414)

ArbeitnehmerInnenschutz, Arbeitsgestaltung, Betreuung aller Fachverbände in technischen Belangen der Berufsausbildung, Industrielehre



Mag. Michael Renelt

(DW 3460)

Wirtschaftspolitik, KMU-Politik, Exportpreis, Forschungs- und Technologiepolitik, Industriekonjunktur, Industriestatistik



DI (FH) Christian Kaiser

(DW 3423)

Energie- und Klimapolitik, Nachhaltigkeit und Rohstoffe, Umweltverträglichkeitsprüfung UVP



Mag. Richard Guhsl

(DW 3435)

Allgemeine Umweltpolitik, Wasser, Luftqualität, Lärm, Chemikalien, REACH, GHS, Ressourceneffizienz, Biodiversität und Naturschutz



Mag. Andrea Bärenthaler

(DW 3403)

Abfall, Abfallwirtschaft, Änderungen im Betriebsanlagenrecht, Anlagenrecht allgemein, Boden, Bodenschutz, Umweltmanagementsysteme



Mag. Hagen Pleile

(DW 3214)

Recht und Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Verkehrspolitik, Gewerberecht, allg. Rechtsfragen, Nomenwesen, Vergaberecht, Arge Palettenpool



